

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorbemerkung</b> .....	<b>3</b>
<b>1 Rechtsextremismus</b> .....	<b>5</b>
<b>1.1 Allgemeine Entwicklungstendenz</b> .....	<b>5</b>
<b>1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)</b> .....	<b>5</b>
1.2.1 Zielsetzung .....	5
1.2.2 Parteiorganisation.....	6
1.2.3 Publizistik .....	6
<b>1.3 Junge Nationaldemokraten (JN)</b> .....	<b>7</b>
<b>1.4 Aktivitäten</b> .....	<b>7</b>
<b>1.5 Wirkung in der Öffentlichkeit</b> .....	<b>8</b>
<b>1.6 Neonazistische Gruppen</b> .....	<b>8</b>
<b>2 Linksextremismus</b> .....	<b>10</b>
<b>2.1 Allgemeine Entwicklungstendenz</b> .....	<b>10</b>
<b>2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)</b> .....	<b>11</b>
2.2.1 Zielsetzung .....	11
2.2.2 Parteiorganisation.....	11
2.2.3 Publizistik .....	12
2.2.4 Mitgliederschulung.....	13
2.2.5 Finanzierung.....	13
2.2.6 Aktivitäten .....	13
2.2.7 Internationale Beziehungen .....	14
2.2.8 Teilnahme an den Landtags- und Kommunalwahlen 1975 in NW .....	15
<b>2.3 DKP-orientierte Jugendorganisationen</b> .....	<b>15</b>
2.3.1 Zielsetzung kommunistischer Jugendpolitik .....	15
2.3.2 DKP-Kinderorganisation "Junge Pioniere" .....	16
2.3.3 Sozialistische Deutsche Arbeiterjungen (SDAJ).....	17
2.3.4 Schüler als Zielgruppe der DKP/SDAJ .....	17
2.3.5 Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus).....	18
<b>2.4 Prochinesische Kommunistische Parteien</b> .....	<b>18</b>
2.4.1 Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML).....	19
2.4.1.1 Zielsetzung .....	19
2.4.1.2 Parteiorganisation.....	19
2.4.1.3 Publizistik.....	19
2.4.1.4 Aktivitäten .....	19
2.4.1.5 Jugendorganisation der KPD/ML "Rote Garde".....	20
2.4.1.6 Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten (KSB/ML) .....	20
2.4.2 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) .....	20
2.4.2.1 Zielsetzung .....	20
2.4.2.2 Parteiorganisation.....	20

2.4.2.3 Publizistik.....	21
2.4.2.4 Aktivitäten.....	21
2.4.2.5 Einigungsbemühungen.....	21
2.4.2.6 Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender (VSK).....	22
2.4.2.7 Liga gegen den Imperialismus.....	22
2.4.2.8 Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD).....	23
2.4.2.9 Kommunistischer Oberschülerverband (KOV).....	23
2.4.2.10 Kommunistischer Studentenverband (KSV).....	23
2.4.3 Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW).....	24
2.4.3.1 Zielsetzung.....	24
2.4.3.2 Organisation.....	24
2.4.3.3 Publizistik.....	24
2.4.3.4 Aktivitäten.....	24
2.4.3.5 KBW-orientierte Schülergruppen.....	25
2.4.3.6 KBW-orientierte Studentengruppen.....	25
<b>2.5 Trotzlisten.....</b>	<b>25</b>
<b>2.6 European Labour Committees (ELC).....</b>	<b>26</b>
<b>3 Situation an den Hochschulen.....</b>	<b>27</b>
<b>3.1 Allgemeine Lage und besondere Vorkommnisse in Nordrhein-Westfalen.....</b>	<b>27</b>
<b>3.2 Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS).....</b>	<b>28</b>
<b>3.3 Studentische Selbstverwaltung.....</b>	<b>30</b>
<b>4 Ausländer.....</b>	<b>32</b>
<b>4.1 Allgemeines.....</b>	<b>32</b>
<b>4.2 Palästinenser.....</b>	<b>32</b>
<b>4.3 Iraner.....</b>	<b>33</b>
<b>4.4 Jugoslawen.....</b>	<b>33</b>
<b>4.5 Griechen.....</b>	<b>35</b>
<b>4.6 Türken.....</b>	<b>35</b>
<b>4.7 Spanier.....</b>	<b>36</b>
<b>4.8 Italiener.....</b>	<b>37</b>
<b>4.9 Portugiesen.....</b>	<b>37</b>
<b>4.10 Sonstige Ausländergruppierungen.....</b>	<b>37</b>
<b>5 Politisch motivierte Gewalttaten.....</b>	<b>38</b>
<b>6 Maßnahmen im Bereich des Justizministers.....</b>	<b>39</b>
<b>6.1 Gesetzgeberische Maßnahmen.....</b>	<b>39</b>

## Vorbemerkung

Der folgende Bericht, der mit Ausnahme der relativ kurzen beiden letzten Abschnitte auf Erkenntnissen der Verfassungsschutzabteilung meines Hauses beruht, gibt mir Gelegenheit zu einigen allgemeinen Bemerkungen über Aufgaben und Arbeitsweise des Verfassungsschutzes.

Die Beobachtung der Erscheinungsformen des politischen Extremismus gehört zu den Aufgaben, die den Verfassungsschutzbehörden vom Gesetzgeber zugewiesen worden sind. Nach dem Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27.09.1950 in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 07.08.1972 ist Aufgabe dieser Behörden die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Um diesem gesetzlichen Auftrag hinreichend entsprechen zu können, hat der Gesetzgeber zugleich festgelegt, daß zur Wahrnehmung der zugewiesenen Aufgaben die Verfassungsschutzbehörden befugt sind, "nachrichtendienstliche Mittel" anzuwenden. Daraus folgt, daß sie sich nicht auf Publikationen, andere allgemein zugängliche Informationsquellen oder das Auswerten von Behördenunterlagen zu beschränken brauchen, sondern auch durch eigene systematische Maßnahmen, wie den Einsatz von Ermittlern, geheimen Informanten (Vertrauensleuten) und Observanten oder den Einsatz technischer Hilfsmittel, die zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages erforderlichen Informationen beschaffen können. Welches Mittel im Rahmen der geltenden Gesetzes jeweils zur Anwendung gelangt, richtet sich nach dem auch für die Verfassungsschutzbehörden uneingeschränkt verbindlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zwischen Mittel und Zweck. Nach diesem rechtsstaatlichen Prinzip wenden die Verfassungsschutzbehörden jeweils nur dasjenige Mittel zur Informationsgewinnung an, das die Betroffenen in ihren Freiheits- und Persönlichkeitsrechten am wenigsten beeinträchtigt. Je abgeschirmt und je konspirativer die Urheber verfassungsfeindlicher Bestrebungen vorgehen, um so mehr haben auch die Verfassungsschutzbehörden Veranlassung, die ihnen gesetzlich aufgetragene Beobachtung unter strenger Geheimhaltung und Tarnung vorzunehmen. Polizeiliche Befugnisse stehen den Verfassungsschutzbehörden nicht zu. Sie können daher nur dort Nachrichten pp. sammeln, wo sie ohne Zwang auskommen. Beschlagnahmen, Durchsuchungen oder gar Festnahmen stehen ihnen als Mittel der eigenen Informationsgewinnung nicht zur Verfügung.

Art und Weise sowie Umfang der Beobachtungstätigkeit der Verfassungsschutzbehörden werden im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages und nach

pflichtgemäßem Ermessen entscheidend durch das Ausmaß der verfassungsfeindlichen Bestrebungen und die Stärke der hinter diesen stehenden Kräfte bestimmt. Je mehr unser freiheitlicher und demokratischer Rechtsstaat davon absieht, jedwedes gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Verhalten zu unterbinden, sei es durch ausdrückliches Verbot, sei es gar durch strafrechtliche Verfolgung, desto genauer ist der infolgedessen größer werdende Betätigungsraum zu beobachten. Nur so kann gewährleistet werden, daß Gesetzgebungsorgane und Regierung ständig die Grenzen überprüfen können, bei deren Überschreitung sie glauben, Angriffen auf die Verfassung nicht mehr mit den Mitteln der allgemeinen politischen Auseinandersetzung ausreichend begegnen zu können.

Dies vorausgeschickt, möchte ich mich im ersten Abschnitt des Berichts mit der Situation auf dem Gebiet des Rechtsextremismus beschäftigen:

# **1 Rechtsextremismus**

## **1.1 Allgemeine Entwicklungstendenz**

Die Bedeutung des organisierten Rechtsextremismus ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Die Hoffnung rechtsextremer Gruppen, die derzeit angespannte wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland werde ihren Bestrebungen - ähnlich wie in den Jahren 1966/67 - zu einem neuen Aufschwung verhelfen, hat sich bislang nicht erfüllt. Die "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) hat an Einfluß eingebüßt. Die Partei hat finanzielle Probleme und ihre Stimmenanteile bei den Landtags- und Kommunalwahlen sind weiter gesunken. Trotz erheblicher Anstrengungen ist es der Führung nicht gelungen, der Partei neue Impulse zu geben. Dennoch ist die NPD im rechtsextremen Lager die stärkste Organisation geblieben.

Derzeitig ist das Aufleben kleinerer rechtsextremer Gruppierungen und publizistischer Kleinzirkel beachtenswert, deren Angehörige sich offen zu extremistischem Gedankengut bekennen.

## **1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**

### **1.2.1 Zielsetzung**

Die NPD vertritt einen nationalkonservativen Kurs mit ausgeprägt völkisch-kollektivistischen und antiparlamentarischen Zügen. Aus verfassungspolitischer Perspektive kann die NPD als eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung und Betätigung, als rechtsradikal, als rechtsextrem, als Feindin der Freiheit, als Gefahr für die freiheitliche Grundordnung gewertet werden, wie auch das Bundesverfassungsgericht dies in einem von der NPD angestrebten Verfahren wegen einer entsprechenden Äußerung des Bundesministers des Innern in seiner Entscheidung vom 28.10.1975 festgestellt hat (Az. 2 BvE 1-75). Als größte Organisation des deutschen Rechtsextremismus unterhält sie enge Kontakte zu fast allen rechtsextremistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik.

Die Erwartungen der Parteiführung, durch einen erfolgreichen Ablauf des Bundesparteitages am 18./19. Oktober 1975 in Ketsch b. Mannheim den Mitgliedern und Anhängern der Partei ein geschlossenes Bild zu vermitteln, haben sich nicht erfüllt. Die 340 stimmberechtigten Delegierten wählten erst nach heftigen Auseinandersetzungen Martin Mußnug erneut zum Parteivorsitzenden. Der Gegenkandidat unterlag mit 134 Stimmen. Die Auseinandersetzung ging hauptsächlich um die Frage, ob die Zusammenarbeit mit dem Herausgeber der "Deutschen National-Zeitung" und Vorsitzenden der rechtsextremen Deutschen Volkunion (DVU), Dr. Gerhard Frey, München, der für die Funktion des stellvertretenden Parteivorsitzenden kandidierte, fortgesetzt werden soll. Die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden gewann jedoch der langjährige Vorsitzende der "Jungen Nationaldemokraten" Günter Deckert, Weinheim. Dr. Gerhard Frey wurde lediglich als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Die für möglich gehaltene Spaltung der Partei blieb aus, weil fast alle Spitzenfunktionäre, die eine Zusammenarbeit mit Dr. Frey im Parteivorstand abgelehnt hatten, sich nach der Wahlniederlage des Gegenkandidaten für den Parteivorsitz wieder

in den neuen Parteivorstand wählen ließen. Nur der langjährige Vorsitzende der NPD, Adolf von Thadden, der bereits im November 1971 alle Parteiämter niedergelegt hatte, erklärte seinen Austritt mit dem Hinweis, daß er für sich eine Einwirkungsmöglichkeit auf den politischen Kurs der NPD nicht mehr sehe.

Der Parteivorsitzende Mußgnug erklärte, die Partei werde künftig in der "Vereinigten Rechten", einem von der NPD angestrebten Bündnis mit anderen rechtsextremen Gruppen, die Führungsrolle übernehmen.

### **1.2.2 Parteiorganisation**

Die NPD war im Jahre 1964 von Anhängern verschiedener nationalistischer Splittergruppen - "Deutsche Reichspartei" (DRP), "Gesamtdeutsche Partei" (GDP), "Deutsch-Nationale Volks-Partei" (DNVP)- als die "große Sammlungsbewegung der Nationalen Rechten" gegründet worden. Sie wird seit 1971 von dem Rechtsanwalt Martin Mußgnug, Tuttlingen, geführt und gliedert sich zur Zeit in 11 Landesverbände, die weiter in Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände unterteilt sind. Die Bundesgeschäftsstelle befindet sich in Stuttgart. Seit September 1975 unterhält die Partei in Bonn unter der Bezeichnung "Deutsches Büro" eine Verbindungsstelle, deren Aufgabe es ist, Kontakte zu den verschiedensten Stellen in der Bundeshauptstadt zu knüpfen. Leiter dieser Verbindungsstelle ist ein Mitglied des Landesvorstandes NW.

Die Partei hatte Ende 1974 ungefähr 11.500 Mitglieder. Sie konnte auch im Laufe des Jahres 1975 den Abwärtstrend des Mitgliederbestandes nicht aufhalten und verfügt heute nur noch über rd. 10.800 Mitglieder (höchster Stand 1967: 28.000).

Der Landesverband der NPD mit Sitz in Duisburg gliedert sich in 14 Bezirks- und 54 Kreisverbände und hat zur Zeit nur noch etwas über 2.000 beitragszahlende Mitglieder (Ende 1974: 2.300).

Auf dem Landesparteitag am 14.09.1975 in Köln-Eil wählten die 86 Delegierten den 59jährigen Kaufmann und Bundesorganisationsleiter Walter Seetzen aus Bremen, der sich nur zeitweise in Nordrhein-Westfalen aufhält, zum Landesvorsitzenden. Der neue Landesvorsitzende Seetzen, für dessen Wahl sich besonders Dr. Frey eingesetzt hatte, ist seit Jahren in rechtsextremen Kreisen aktiv. Er war schon Funktionär in der 1952 verbotenen "Sozialistischen Reichspartei" (SRP). Danach betätigte er sich führend in der "Deutschen Reichspartei" (DRP) und trat 1964 der NPD bei.

Seetzen soll die Reorganisation des Landesverbandes durchführen. Im Landesverband NW herrscht seit Anfang des Jahres 1975 erhebliche Unruhe und Desorganisation, weil der damalige Landesvorsitzende und der Landesorganisationsleiter auf Drängen des NPD-Bundesvorstandes am 30. Januar 1975 von ihren Ämtern zurücktreten mußten; beide hatten gegen die Finanzordnung der Partei verstoßen.

### **1.2.3 Publizistik**

Publikationsorgan der NPD war bis Ende 1975 die Monatszeitung "Deutscher Kurier" mit einer durchschnittlichen Auflage von fast 200.000 Exemplaren. Ab Januar 1976 gibt die NPD als neue Parteizeitung die "Deutsche Stimme" in einer Erstau-

flage von 50.000 Exemplaren heraus. Die Zeitung erscheint monatlich im parteieigenen Verlag "Deutsche Stimme - Verlagsgesellschaft m.b.H.", Stuttgart. Gesellschafter sind der NPD-Parteivorsitzende, seine drei Stellvertreter, drei weitere Präsidiumsmitglieder sowie die NPD-Landesvorsitzenden. Chefredakteur ist der baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende. Als weiteres Sprachrohr der Partei dient die in der "Deutschen Verlags-Gesellschaft" (Rosenheim) herausgegebene "Deutsche Wochenzeitung" (Auflage wöchentlich 40.000).

### **1.3 Junge Nationaldemokraten (JN)**

Die Jugendorganisation der NPD, JN, hat ihren zentralen Sitz in München. Die JN verfügen in fast allen Teilen des Bundesgebietes über relativ mitgliederstarke örtliche Gruppen, in denen insgesamt ca. 1.500 Mitglieder zusammengefaßt sind. Vorsitzender ist ein Student aus Nürnberg. Er wurde auf dem JN-Bundeskongress am 25./26.10.1975 in Hagen zum neuen Vorsitzenden gewählt.

In der Theoriediskussion lassen die JN für die NPD neue Ansätze erkennen. Ein Teil der Mitglieder versucht, bei der Festlegung der politischen Ziele die Forderung nach "nationaler Befreiung von aller Fremdherrschaft" mit Vorstellungen über die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln zu verknüpfen. An die Stelle "der beziehungslosen pluralistischen Gesellschaft" soll auf dem Wege der "revolutionären Legalität" eine "nationalistische Volksrepublik treten". Kontakte bestehen zu zahlreichen rechtsextremistischen Jugendverbänden des In- und Auslandes.

In NW gelang es den JN, im vorigen Jahre etwa 100 neue Mitglieder zu werben, so daß im Landesverband jetzt über 450 Mitglieder zusammengefaßt sind. Der nordrhein-westfälische JN-Landeskongreß (70 Teilnehmer) wählte am 15.11.1975 in Dortmund den stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden zum neuen Landesvorsitzenden der JN. Der bisherige Landesvorsitzende ist inzwischen aus den JN und der NPD ausgetreten, weil er sich - wie er ausführte - gegenüber der "NS-Symbol-Riege" innerhalb der JN nicht habe durchsetzen können und die NPD nach dem Bundesparteitag für ihn "am Ende" sei. Er und weitere ehemalige Funktionäre des JN-Landesvorstandes NW haben im Dezember 1975 den "Nationalrevolutionären Bund" (NRB), eine von der NPD unabhängige Jugendorganisation, gegründet, dem zur Zeit 25 ehemalige JN-Mitglieder angehören.

### **1.4 Aktivitäten**

Am 17. Juni 1975 demonstrierten in Bonn ca. 3.500 Angehörige der NPD, der DVU, der Wiking-Jugend, des Stahlhelm und neonazistischer Gruppen mit Fahnen, Transparenten und Sprechchören für die Wiedervereinigung. Unter den Teilnehmern trat eine Gruppe von etwa 120 einheitlich schwarz gekleideten jungen Leuten mit schwarz-weiß-roten Fahnen hervor, die dem neonazistischen Kreis um Manfred Roeder aus Hessen zuzuordnen ist.

Auf der anschließenden Kundgebung auf dem Friedensplatz in Bonn sprach u.a. der NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug und gab bekannt, daß Dr. Gerhard Frey am 16. Juni 1975 der NPD beigetreten sei. (Dr. Frey ist weiterhin Vorsitzender der DVU).

Während der Kundgebung mußte die Polizei bei Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern und Gegendemonstranten einschreiten.

Nach Beendigung des Treffens versammelten sich mehrere NPD- bzw. JN-Mitglieder vor der "Ständigen Vertretung der DDR" in Bonn-Bad Godesberg. Sie riefen in Sprechchören "DDR-Mördermauer weg", verbrannten eine mitgebrachte DDR-Flagge und befestigten an der Eingangstür das NPD-Plakat "Rechts - damit die Richtung stimmt". Die Demonstranten leisteten gegen einschreitende Polizeikräfte Widerstand. Die von den Jungen Nationaldemokraten in NW angekündigten verstärkten Aktivitäten (Straßenaktionen, Errichtung von Informationsständen, Autofahrten und Briefkastenaktionen) wurden weitgehend realisiert, so daß die JN in der Öffentlichkeit ein weitaus geschlosseneres Bild abgibt als die NPD. Neben den schon bestehenden Zentren für Schulungszwecke auf Gut Barenbrauck b. Kamen, Köln, Bielefeld, Soest, Rösrath wurde jetzt ein weiteres "Zentrum" in Bochum eröffnet.

### 1.5 Wirkung in der Öffentlichkeit

Trotz der Bemühungen von NPD und JN, die Organisation zumindest auf dem gegenwärtigen Stand zu halten, Bündnisse mit anderen rechtsextremen Gruppen einzugehen und bei bestimmten Anlässen mit spektakulären Aktionen an die Öffentlichkeit zu treten, ist die Resonanz in der Bevölkerung gering. Dies zeigte sich besonders bei der Landtagswahl am 04.05.1975 in NW. Bei dieser Wahl kandidierte die NPD zwar in 149 von 150 Wahlkreisen, erhielt jedoch nur 36.281 Stimmen (= 0,4 %). 1970 hatte die NPD bei der Landtagswahl noch 94.043 Stimmen (= 1,1 %).

Die höchsten Ergebnisse erzielte sie in den Wahlkreisen

116 Unna II	mit 0,7 % (1970: 1,8 %),
122 Iserlohn Stadt/Land II	mit 0,7 % (1970: 1,5 %),
128 Lüdenscheid I	mit 0,7 % (1970: 1,6 %),
129 Lüdenscheid II	mit 0,8 % (1970: 1,8 %).
In den Wahlkreisen 148 - 150 Lippe I - III (ihre ehem. Hochburg)	
erreichte sie nur	0,4 - 0,5 % (1970: 1,9 - 2,5 %).

Da die NPD den für eine Wahlkampfkostenerstattung erforderlichen Stimmenanteil von 0,5% nicht erreichte, muß sie die Wahlkampfkostenvorschüsse in Höhe von 198.000,-- DM zurückzahlen.

Trotz der enttäuschenden Ergebnisse auch bei den Landtagswahlen 1974/75 in Hamburg, Niedersachsen, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Saarland und Bremen, die zwischen 0,4% und 1,1 % lagen, will sich die Partei an der Bundstagswahl 1976 beteiligen.

### 1.6 Neonazistische Gruppen

Eine gewisse Aufmerksamkeit verdienen zur Zeit neonazistische Einzelgänger und kleinere Zirkel, die das Programm der ehemaligen NSDAP wieder aufnehmen und bemüht sind, eine in selbständige Zellen gegliederte, konspirativ arbeitende Or-

ganisation zu schaffen. In Nordrhein-Westfalen ist ein in Bocholt wohnhafter Frührentner bemüht, durch konspirative Rundschreiben und vertrauliche Kontaktgespräche die Tätigkeit der im Aufbau befindlichen Zirkel zu koordinieren. Dieser ist erst seit Ende 1973 im rechtsextremen Bereich in Erscheinung getreten.

Im Zuge eines gegen ihn eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts des Verstoßes u.a. gegen die §§ 86, 86a, 129 und 130 StGB wurde auf Anordnung des Amtsgerichts Bocholt am 09.03.1976 die Wohnung des Beschuldigten durchsucht. Dabei wurde eine Anzahl von Schriften als Beweismittel sichergestellt, unter ihnen 10 Exemplare eines Flugblatts "Das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei".

Inspiziert und unterstützt wird dieser Personenkreis durch die publizistische und Vortragstätigkeit gleichgesinnter Personen und Vereinigungen aus dem Ausland. Im wesentlichen handelt es sich um zwei Deutschamerikaner, u.a. Gerhard Lauck, Lincoln/USA. Lauck ist Vorsitzender der sog. NSDAP-Auslandsorganisation und Herausgeber der seit März 1973 erscheinenden Zeitschrift "NS-Kampftruf". Beide Personen haben 1974 und 1975 Vortragsreisen durch die Bundesrepublik unternommen.

Eine weitere Erscheinungsform neonazistischer Aktivitäten wird vor allem auch durch das Wirken des Leiters der "Deutschen Bürgerinitiative" (DBI), Manfred Roeder, bestimmt, der die Anhänger der von Thies Christophersen aus Schleswig-Holstein geleiteten "Bürger- und Bauerninitiative" (BBI) und des "Kampfbundes Deutscher Soldaten" (KDS) zu spektakulären Aktionen außerhalb Nordrhein-Westfalens zusammenführte. In unserem Lande fanden lediglich einige wenig beachtete Vortragsveranstaltungen mit Roeder und Christophersen statt.

Die Anhänger der vorgenannten Gruppen sind teilweise personengleich. Ihre Zahl schwankt jeweils zwischen 20 bis 150 Personen.

Ähnlich zu beurteilen sind auch jene besonders in NW agierenden Gruppen, deren Tätigkeit allerdings im wesentlichen in der Herstellung und Verbreitung von Schriften mit überwiegend neonazistischer Tendenz besteht, die an gleichgesinnte Personen weitergeleitet werden. Es handelt sich um folgende Gruppen:

- "Demokratische National-Sozialistische Gemeinschaft"(DNSG), Höxter  
Mitglieder: etwa 20
- "Kampfgemeinschaft des Deutsch-Nationalen Sozialismus"(KDNS), Essen  
Mitglieder: etwa 5
- "Bund der Aufrechten" (BdA) - Traditionsgemeinschaft ehemaliger Freikorpskämpfer -, Heiden Kreis Borken  
Mitglieder: etwa 30.

Die finanziellen Aufwendungen der vorerwähnten Gruppen werden überwiegend durch kleinere Spenden aus dem Sympathisantenkreis gedeckt.

## 2 Linksextremismus

### 2.1 Allgemeine Entwicklungstendenz

Die linksextremen Bestrebungen in Nordrhein-Westfalen werden im wesentlichen von den drei kommunistischen Parteien,

- der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)
- der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML),
- der kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
- sowie auch dem sich als "Parteiansatz" begreifenden Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)

bestimmt.

Die genannten Gruppierungen verfügen über ausgebaute, handlungsfähige Organisationen und steuern durch ihre Funktionäre darüber hinaus ein breites Spektrum von Hilfsorganisationen, lokalen Sympathisantengruppen und Aktionskomitees.

Obwohl sich die moskau-orientierte DKP und die prochinesischen kommunistischen Parteien KPD/ML, KPD und KBW bekämpfen, lassen sie dennoch aufgrund ihres Bekenntnisses zur alten 1918 gegründeten KPD sowie vor allem zu den tragenden Elementen des Marxismus-Leninismus als Anleitungen zum Handeln sehr starke Gemeinsamkeiten erkennen. So gehen sie übereinstimmend davon aus, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in einer Klassen- und Ausbeutergesellschaft leben, die angeblich in ihr letztes Stadium eingetreten ist. Sie sehen es als Aufgabe der von der kommunistischen Partei geführten Arbeiterklasse an, in einem revolutionären Prozeß ("Sozialistische Revolution") die Staatsmacht zu erobern, sie in ein konzentriertes, d.h. nicht durch Gewaltenteilung gekennzeichnetes Herrschaftsinstrument der Unterdrückten umzugestalten ("Diktatur des Proletariats") und von dieser Position aus ein sozialistisches System als Grundlage einer kommunistischen Endgesellschaft zu etablieren.

Bei den ideologischen und taktischen Differenzen zwischen den Maoisten und dem moskauorientierten Kommunisten geht es ihnen vor allem um die Fragen, ob der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) oder der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) die führende Rolle in der kommunistischen Weltbewegung zusteht, ob die nichtfriedliche Form des Klassenkampfes (revolutionäre Gewalt) die einzige Möglichkeit ist, das kapitalistische System zu überwinden und ob kommunistische Betriebsarbeit im Rahmen der Gewerkschaften oder durch selbständige "revolutionäre Gewerkschaftsgruppen" betrieben werden soll. In diesen Auseinandersetzungen spiegelt sich der Konflikt zwischen Peking und Moskau wider, der trotz grundsätzlicher Übereinstimmung in den Endzielen die Bildung einer einheitlichen kommunistischen Partei in der Bundesrepublik auf absehbare Zeit ausschließen kann.

Trotz starker Anstrengungen ist den linksextremen Parteien eine entscheidende Einflußnahme auf die politischen Geschehnisse in unserem Lande versagt geblieben. Die Wirkung der kommunistischen Parteien auf die arbeitende Bevölkerung ist, von einigen lokalen Erfolgen (Bottrop, UZ-Pressefest) abgesehen, gering; die maoistisch-orientierten Parteien haben sich in der Öffentlichkeit durch ihr spekta-

kuläres Auftreten sogar zunehmend isoliert. Dennoch bleibt festzuhalten, daß sich ca. 16.000 Personen aus NW in linksextremistischen Parteien organisiert haben, die entschlossen sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne ihrer Vorstellungen zu beseitigen.

## **2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)**

### **2.2.1 Zielsetzung**

Die DKP wurde im Jahre 1968 von Funktionären der durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gegründet. Die von ihr inzwischen veröffentlichte Grundsatzerklärung, das Parteistatut, die Thesen des Düsseldorfer Parteitages (1971) sowie viele Einzelschriften grundsätzlichen Inhalts geben eingehenden Aufschluß über die Ziele der DKP. Kernpunkt aller programmatischen Dokumente ist die Aussage, daß sich die DKP in ihrer gesamten Tätigkeit von den Theorien von Marx, Engels und Lenin (Marxismus-Leninismus) leiten läßt. Nach der für die kommunistische Weltbewegung moskauer Richtung verbindlichen Auslegung (Moskauer Erklärungen von 1960 und 1969) beinhaltet der Marxismus-Leninismus u.a. die "Sozialistische Revolution", die als "sozialistische Umgestaltung" bezeichnet wird, die "Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form", wobei der Begriff "Diktatur des Proletariats" durch die Formeln "Herrschaft" oder "Politische Macht" der Arbeiterklasse ausgedrückt werden kann, sowie den "Aufbau des Sozialismus" nach dem Grundmodell der Sozialistischen Staatengemeinschaft (UdSSR, DDR usw.). Die DKP betrachtet sich als unlösbaren Bestandteil dieser kommunistischen Weltbewegung. Sie hat den Erklärungen von 1960 und 1969 in aller Form zugestimmt und das auf der Grundlage dieser Erklärungen herausgegebene internationale Lehrbuch "Die Kommunistische Weltbewegung - Abriß der Strategie und Taktik" in ihr Schulungsprogramm aufgenommen. Die dargelegten programmatischen Aussagen bestimmen die konkrete Politik der DKP in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen. Darin enthalten ist das Ziel, zunächst ein breites Bündnis aller vom Kapitalismus betroffenen Bevölkerungsgruppen zu schaffen, das später die Grundlage einer neuen, "antimonopolistischen Demokratie" bilden und den Weg zur sozialistischen Umwälzung öffnen soll. Der Weg zu diesem Ziel wird vom Klassenkampf bestimmt, der nach den Vorstellungen der DKP legale und illegale, offene und konspirative, friedliche und gewaltsame Kampfformen bis hin zum bewaffneten Aufstand umfaßt. Die Bundesregierung hat zu keiner Zeit einen Zweifel daran gelassen, daß sie die Ziele der DKP für verfassungsfeindlich hält.

### **2.2.2 Parteiorganisation**

Die DKP hat in den sieben Jahren ihres Bestehens eine straffe Organisation aufgebaut, in der z.Zt. rd. 40.000 Mitglieder (NW: ca. 15.000 Mitglieder) erfaßt sind. An ihrer Spitze steht der Parteivorstand in Düsseldorf (Vorsitzender: Herbert Mies, Mannheim), der mit Hilfe eines mit hauptamtlichen Funktionären besetzten Führungsapparates die 12 Bezirksorganisationen in der Bundesrepublik leitet. Auf Nordrhein-Westfalen erstrecken sich die Bezirksorganisationen "Ruhr-Westfalen" mit Sitz in Essen (ca. 9.000 Mitglieder) und "Rheinland-Westfalen" mit Sitz in Düsseldorf (ca. 6.000 Mitglieder). Zur Koordinierung der politischen Arbeit auf Landesebene wurde ein "Ausschuß für Landespolitik" gebildet. Unterhalb der Bezirksebene verfügt die DKP in unserem Land über 43 handlungsfähige

## Kreisorganisationen mit besonderen Schwerpunkten in

Bochum	(ca. 500 Mitglieder),
Dortmund	(ca. 650 Mitglieder),
Duisburg	(ca. 600 Mitglieder),
Düsseldorf	(ca. 650 Mitglieder),
Essen	(ca. 950 Mitglieder),
Köln	(ca. 600 Mitglieder),
Wuppertal	(ca. 500 Mitglieder).

Als politisch wichtigste Basiseinheiten betrachtet die DKP ihre Betriebsgruppen in den Unternehmen und an den Hochschulen. Bisher konnten 121 dieser Gruppen erkannt werden, davon 21 Betriebsgruppen (Hochschulgruppen) an den Hochschulen unseres Landes.

### 2.2.3 Publizistik

Die DKP verfügt über ein breites Netz von Publikationsorganen. Neben ihrem Zentralorgan

"Unsere Zeit"	(30.000 Exemplare täglich)
erscheinen	
"DKP-Pressedienst"	(täglich 1.000 Exemplare),
"DKP-Informationen"	(alle zwei Tage 5.000 Exempl.),
"Marxistische Blätter"	(alle zwei Monate 9.000 Ex.),
die für Gewerkschaftsmitglieder bestimmten	
"Nachrichten"	(monatlich 2.500 Exemplare)

sowie die "Land-Revue", die von Fall zu Fall in einer Auflage von 5.000 Exemplaren herausgegeben wird und sich an die Landbevölkerung wendet.

Als weitere überregionale Zeitschrift, die sich mit den "sozialistischen Errungenschaften in der DDR" befaßt, wird "Sozialismus konkret" herausgegeben.

Eine besondere Rolle in der DKP-Agitation spielen die Betriebs- und Stadtteilzeitungen, die unter Anleitung der DKP-Führungsgremien von den Grundeinheiten verbreitet werden. Bisher konnten in NW 214 mehr oder weniger unregelmäßig erscheinende Betriebszeitungen und 136 Kreis- und Stadtteilzeitungen mit einer durchschnittlichen Auflage von 1.000 Exemplaren pro Zeitung festgestellt werden. Um die einheitliche politische Linie innerhalb dieser lokalen Publizistik zu wahren, gibt der Parteivorstand der DKP regelmäßig einen sog. Artikeldienst für Betriebs-

und Wohngebietszeitungen heraus.

## 2.2.4 Mitgliederschulung

Die DKP-Führung glaubt, ihre ideologisch begründeten Zielvorstellungen nur dann realisieren zu können, wenn sie ihre Funktionäre und Mitglieder permanent und intensiv schult. Für die Durchführung und Anleitung der Mitgliederschulung stehen ihr

- das "Institut für Marxistische Studien und Forschungen" in Frankfurt/M.,
- der "Verein zur Förderung der Forschung des Studiums der Sozialwissenschaften" in Frankfurt/M.,
- die "Marxistische Arbeiterbildung" als Dachverband der lokalen Bildungsgruppen mit Sitz in Wuppertal,
- die Parteschule "Karl-Liebknecht" in Essen,
- die "Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Bildung e.V." in Düsseldorf,
- das "Friedrich-Engels-Zentrum" als zentrale Bildungsstätte in Wuppertal sowie Schulungseinrichtungen in Ostberlin und Moskau

zur Verfügung.

Die Schulung vollzieht sich in einem 3-stufigen System. Funktionäre der unteren Ebene werden in der Bundesrepublik im Rahmen von Wochen- und Wochenendschulungen in örtlichen Bildungsgruppen oder in der "Karl-Liebknecht-Schule" unterrichtet. Mittlere Führungskräfte läßt die DKP im "Franz-Mehring-Institut" in Ost-Berlin heranbilden. Funktionäre, die für Spitzenaufgaben vorgesehen sind, werden am "Institut für Gesellschaftswissenschaften" beim Zentralkomitee der KPdSU in Moskau geschult. Insgesamt nehmen jährlich ca. 400 DKP-Mitglieder und Angehörige DKP-orientierter Hilfsorganisationen an den verschiedenen Lehrgängen in Essen, Ostberlin und Moskau teil. Da diese Form der Schulung bereits seit einigen Jahren betrieben wird, kann die DKP heute auf einen Kern von rund 2.000 geschulten Funktionären in der Partei und in ihren Hilfsorganisationen zurückgreifen.

## 2.2.5 Finanzierung

Die Unterhaltung des durchorganisierten Parteiapparates, der breit aufgefächerten Publizistik, der Bildungseinrichtungen sowie die Agitation und Propaganda in der Öffentlichkeit erfordern einen Finanzaufwand, den die DKP aus eigenen Mitteln (Beiträgen und Spenden der Mitglieder und Sympathisanten) nicht zu bestreiten vermag. Es liegen gesicherte Erkenntnisse darüber vor, daß die Westabteilung im Zentralkomitee der SED die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stellt. Zu diesem Zweck haben SED und DKP einen besonderen von der DKP-Organisation getrennt und konspirativ arbeitenden Finanzapparat eingerichtet, mit dessen Hilfe die DKP jährlich ca. 30 Mill. DM (davon 12 Mill. DM für die Parteiorganisation in NW) erhält. Dieses Geld wird entweder durch Kuriere zu bestimmten geheimen Anlaufstellen in der Bundesrepublik gebracht oder über prokommunistische Handelsfirmen der Parteiorganisation zugeführt.

## 2.2.6 Aktivitäten

Die DKP hat 1975 insbesondere im Hinblick auf die Kommunal- und Land-

tagswahlen eine lebhafte Tätigkeit entwickelt.

So fand am 18.01.1975 in Solingen ein Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Treffen unter dem Motto "für Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung" statt, an dem etwa 3.000 Personen, darunter Vertreter von 9 kommunistischen Bruderparteien, u.a. KPdSU und SED, teilnahmen.

Am 28.02/01.03.1975 wurde im Gebäude des Parteivorstandes der DKP eine Begegnung zwischen Vertretern kommunistischer Parteien der "Kapitalistischen Länder" Europas zum Thema "Die Krise in der Automobilindustrie der kapitalistischen Länder" durchgeführt. Daran nahmen Vertreter der ausländischen kommunistischen Partei aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Schweden, Spanien und aus der Türkei teil. Die etwa 30 Teilnehmer appellierten an die Beschäftigten der Autoindustrie, gemeinsam mit den Kommunisten die Krise abzuwehren. Es wurde ein Sofortprogramm für Autoarbeiter gefordert, das u.a. bessere Arbeitsbedingungen in den Automobilbetrieben durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich verlangt und sich gegen jede Form der Diskriminierung ausländischer Arbeiter wendet.

Am 12. April 1975 veranstaltete die DKP in Dortmund ein Stahl- und Metallarbeiterforum mit mehr als 250 Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären aus Betrieben der eisenschaffenden und metallverarbeitenden Industrie des Ruhrgebiets.

Als besonderen Erfolg ihrer vielgestaltigen propagandistischen Bemühungen wertet die DKP das im September 1975 veranstaltete UZ-Pressesfest auf den Rheinwiesen in Düsseldorf, an dem ca. 200.000 Personen teilnahmen, darunter Delegationen aus der Sowjetunion, der DDR, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Italien und Ungarn. Bereits jetzt hat die DKP für 1976 ein weiteres Pressesfest bei der Stadtverwaltung in Düsseldorf angemeldet. Sie sieht in solchen spektakulären Veranstaltungen eine hervorragende Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit positiv darzustellen. Schwerpunkt der Agitation war im Januar 1976 die "Woche der DKP" (17. - 25.01.1976), in der im gesamten Bundesgebiet zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt wurden. Die "Woche der DKP" war insbesondere auf den 4. Bundesparteitag der DKP ausgerichtet, der vom 19. - 21.03.1976 in der "Beethovenhalle" in Bonn stattfand.

### **2.2.7 Internationale Beziehungen**

Die DKP entsandte 1975 Delegationen mit führenden Funktionären in die DDR, nach Kuba und Rumänien. Vertreter der DKP nahmen ferner teil an den Parteitagen der Kommunistischen Partei Indiens (27. Januar bis 2. Februar), der Linkspartei - Kommunisten Schwedens - (Mitte März in Stockholm), der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (17. bis 22. März in Budapest), der Italienischen Kommunistischen Partei (18. bis 23. März in Rom) sowie der Kommunistischen Partei Finnlands (16. bis 18. Mai in Helsinki).

Eine Delegation führender DKP-Funktionäre besuchte die Botschaften der "Demokratischen Republik Vietnam" und der provisorischen "Revolutionären Regierung von Südvietnam" in Ostberlin. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Paris haben sich führende Funktionäre der DKP und der Kommunistischen Partei Frankreichs gegen die Verlagerung von französischen Atomraketen in die

Bundesrepublik Deutschland gewandt.

Delegationen der SED, der KPdSU und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei besuchten den Parteivorstand der DKP. Die DKP empfing auch Vertreter der Kommunistischen Parteien Indonesiens, Spaniens und Portugals sowie eine Delegation der Jugendorganisation der UdSSR, der Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika und den Vorsitzenden des Jugendverbandes der CSSR. Als besonderes Ereignis wird das Treffen zwischen dem DKP-Vorsitzenden Herbert Mies und dem 1. Sekretär des ZK. der SED Erich Honecker am 11.02.1976 in Ostberlin gewertet. Es wurde beschlossen, die enge Zusammenarbeit auch 1976 fortzusetzen. So ließ sich die DDR auf dem DKP-Parteitag in Bonn durch eine rund 20-köpfige Delegation vertreten.

## **2.2.8 Teilnahme an den Landtags- und Kommunalwahlen 1975 in NW**

Bei der Landtagswahl am 04.05.1975 hat die DKP in 148 von 150 Wahlkreisen Kandidaten nominiert und eine Landesreserveliste mit 55 Kandidaten aufgestellt. Sie erhielt lediglich 54.779 Stimmen (= 0,5 %) gegenüber 76.964 Stimmen (= 0,9 %) im Jahre 1970 und erlitt damit einen erheblichen Verlust. Die höchsten Stimmenanteile erzielte sie in den Wahlkreisen Bottrop mit 3,9 % und Gladbeck mit 1,7 %. Demgegenüber hat sie ihre Stimmenzahl bei der Kommunalwahl 1975 (57.852 = 0,6 %), zu der sie insgesamt 1.437 Kandidaten aufgestellt hatte, um 10.000 Stimmen leicht verbessern können (Kommunalwahl 1969: 47.832 = 0,6 %). Als Erfolg für die DKP ist zu werten, daß sie in der neu geschaffenen - und inzwischen wieder aufgelösten - Stadt Bottrop 7,2 % der abgegebenen Stimmen gewinnen konnte und im noch amtierenden Rat der Stadt 4 Vertreter (früher 2) stellt.

## **2.3 DKP-orientierte Jugendorganisationen**

### **2.3.1 Zielsetzung kommunistischer Jugendpolitik**

Die kommunistischen Parteien vertreten beinahe übereinstimmend die Auffassung, daß in der Bundesrepublik die Voraussetzung für eine sozialistisch-kommunistische Umwälzung zwar objektiv herangereift sei, daß es jedoch subjektiv an der Einsicht, der Bereitschaft und dem Willen hierzu bei der Arbeiterklasse als der entscheidenden revolutionären Zielgruppe weitgehend fehle. Sie messen daher dem subjektiven Faktor, also der Bildung eines revolutionären Bewußtseins und Willens, für die Herbeiführung einer objektiven revolutionären Situation größte Bedeutung zu. So bemühen sich alle kommunistischen Parteien und Gruppen - teilweise mit Erfolg - besonders im Bereich der Erziehung und Bildung der jungen Menschen Fuß zu fassen und Einfluß zu gewinnen.

Ausgangspunkt für das Vorhaben, mit einer ideologischen Indoktrinierung bereits bei den Kindern zu beginnen, ist die Vorstellung, daß keine Erziehung und Bildung "klassenneutral" sei, daß das bestehende Erziehungs- und Bildungssystem bei uns unterschiedslos der ideologischen Rechtfertigung des "kapitalistischen Ausbeutungssystems" und seiner Akzeptierung durch die Betroffenen diene und daher die ideologische Gegensteuerung bereits in dem Alter beginnen müsse, in dem für die Heranbildung eines politischen Bewußtseins und eines entsprechenden Aktivitätswillens die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen werden, nämlich mit beginnendem Grundschulalter.

### 2.3.2 DKP-Kinderorganisation "Junge Pioniere"

Die DKP hat sich - anknüpfend an die Tradition der KPD in der Weimarer Zeit und an das Vorbild anderer kommunistischer Parteien - mit der im Jahre 1974 gegründeten "Sozialistischen Kinderorganisation Junge Pioniere" für Kinder im Alter von 6 - 14 Jahren ein Instrument geschaffen, das den gerade genannten Zielen in besonderer Weise dienen soll. Hierauf konnte bereits im letzten Bericht vor dem Hauptausschuß am 16. Januar 1975 anhand von Zitaten aus Schriften der DKP eingehend hingewiesen werden. Bekräftigt und erläutert wurden diese Absichten inzwischen von leitenden Funktionären der Jungen Pioniere selbst, und zwar insbesondere in den Referaten des hauptamtlichen Bundesvorsitzenden (gleichzeitig Bundesvorstandsmitglied der SDAJ und Mitglied der DKP) und anderer Bundesvorstandsmitglieder bei einem Bundesseminar der Jungen Pioniere am 18. und 19. Januar 1975 in Frankfurt. Hier wurde offen erklärt, daß die "sozialistische" Bewegung durch die Kindergruppen einen noch stärkeren Kontakt zu Arbeiterfamilien finden, die Kinder im Sinne ihrer Klasse erziehen und damit die marxistischen und klassenbewußten Kräfte der Arbeiterbewegung stärken wolle. Daß hier bei Begriffen wie "sozialistisch" und "Arbeiterbewegung" ausschließlich an die kommunistische Version gedacht war, wird dadurch deutlich, daß vor allem der DKP-orientierten SDAJ Betreuung und Anleitung der Jungen Pioniere zur Pflicht gemacht und der Führer des deutschen Kommunismus der Weimarer Zeit Ernst Thälmann als das große Vorbild der Jungen Pioniere herausgestellt wurde. Eine ständige enge Verbindung zwischen den Gruppen der SDAJ mit denen der Jungen Pioniere soll den späteren nahtlosen Übertritt der Kinder in diese kommunistische Jugendorganisation - und damit in die nächste Vorstufe zur DKP - fördern.

Auf dem Frankfurter Bundesseminar wurden die Gruppen aufgefordert, sich möglichst um Aufnahme in öffentliche Freizeit- und Jugendheime zu bemühen, weil dort gute Möglichkeiten zur Ansprache und Werbung anderer Kinder vorhanden seien.

Der Mangel sowohl an geeigneten Versammlungsräumen als auch an geeigneten Betreuern erschwert indessen immer noch den Aufbau örtlicher Gruppen. Die Zahl der hier bekannten Gruppen in Nordrhein-Westfalen hat sich aber immerhin seit Jahresbeginn 1975 von 22 auf 32 erhöht. Die Stärke der einzelnen Gruppen schwankt zwischen 10 und 60 Mitgliedern.

Als Höhepunkt des Gruppenlebens, aber auch als wesentliche Faktoren für die Werbung sieht die Führung der Jungen Pioniere weiterhin die fast in jeder Stadt teils von den Jungen Pionieren selbst, teils von der jeweiligen örtlichen DKP veranstalteten Kinderfeste an, da sie Gelegenheit geben sollen, auch Kinder aus nicht kommunistischen Familien zu interessieren. In diesem Zusammenhang ist auf das Kinderfest im Rahmen des UZ- Pressefestes am 20./21. September 1975 in Düsseldorf hinzuweisen, das mit einem außergewöhnlich großen Unterhaltungsaufwand organisiert worden war.

Daneben gehören schon seit dem Jahre 1974 die durch Zuschüsse der DDR billigen Kinderferienreisen in die DDR zur Teilnahme an gemeinsamen Ferienlagern mit den "THÄLMANN-Pionieren" der DDR zu den besonders werbewirksamen Anstrengungen der Jungen Pioniere.

Als Publikationsorgan der Jungen Pioniere erscheint in Dortmund seit Juni vorigen Jahres die - bis dahin nur dreimal als Sonderausgabe verbreitete - Schrift "Willibald" regelmäßig alle zwei Monate als "Zeitung der Jungen Pioniere".

### **2.3.3 Sozialistische Deutsche Arbeiterjungen (SDAJ)**

Zweite Stufe im ideologischen und politischen Erziehungssystem der DKP ist die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ). Sie stellt die zahlenmäßig größte und bedeutenste linksextremistische Organisation für jugendliche Berufstätige und Schüler im entsprechenden Alter dar. Die meisten ihrer Funktionäre und zahlreiche Mitglieder gehören bereits der DKP an. Seit der Gründung im Jahre 1968 ist die Anzahl ihrer örtlichen Gruppen in Nordrhein-Westfalen ständig gestiegen. Zur Zeit bestehen hier 158 Ortsverbands- und Stadtteilgruppen, 16 mehr als zu Beginn des Jahres 1975. Im gleichen Zeitraum konnte die SDAJ die Anzahl ihrer Orts- und Betriebszeitungen in Nordrhein-Westfalen von 116 auf 131 erhöhen. Davon sind 43 Zeitungen betriebsbezogen - gegenüber 40 zu Beginn des Jahres 1975 -, 13 Berufsschulzeitungen - keine Veränderung - und 11 Schülerzeitungen für Schüler an höheren Schulen - bisher 8 -.

Die SDAJ war wiederum an allen Schwerpunktaktionen des DKP-orientierten Lagers beteiligt. Bei den Landtags- und Kommunalwahlen dieses Jahres in Nordrhein-Westfalen unterstützte sie vorbehaltlos und sehr aktiv die DKP, verbreitete zahlreiche eigene Wahlschriften und stellte eine Reihe von Kandidaten für die DKP. Insbesondere nutzte die SDAJ Schwierigkeiten im Lehrstellenangebot und Jugendarbeitslosigkeit zu entsprechenden Aktionen aus. Bei solchen und anderen Aktivitäten - etwa gegen sogenannte Berufsverbote, gegen Fahrpreiserhöhungen etc. - versucht die SDAJ - gelegentlich auch mit Erfolg - Gemeinsamkeiten mit anderen Jugendorganisationen herzustellen.

Wenig erfolgreich waren - zumindest in unserem Land die Bemühungen der SDAJ in die Jugendringe aufgenommen zu werden. Wie der Bundesjugendring lehnte auch der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen zum wiederholten Male den Aufnahmeantrag der SDAJ ab, zuletzt der Bundesjugendring auf seiner 42. Vollversammlung in Nürnberg (Stimmenverhältnis 13 Ja-, 35 Neinstimmen, 7 Enthaltungen). Nur in 5 der 185 Stadt- und Kreisjugendringe des Landes Nordrhein-Westfalen ist die SDAJ vertreten.

Wenn man berücksichtigt, daß die SDAJ in den 735 Stadt- und Kreisjugendringen des gesamten Bundesgebietes nach dem Stand von März 1975 insgesamt 51 mal und außerdem in den Landesjugendringen Bremen und Saarland vertreten ist, liegen die Zahlen in unserem Lande spürbar unter dem Bundesdurchschnitt.

### **2.3.4 Schüler als Zielgruppe der DKP/SDAJ**

Die SDAJ bemüht sich - neben der bereits erwähnten publizistischen Beeinflussung der Schüler - auch darum, organisatorisch an den Schulen Fuß zu fassen, zum Beispiel über die Schülermitverwaltung (SMV). Dem aus 10 Schülern bestehenden Vorstand der Landesschülervertretung gehören zur Zeit zwei Schüler an, die bereits in Verbindung mit der DKP/SDAJ in Erscheinung traten.

Der Verbindungslehrer zwischen der Lehrerschaft und der Landesschülervertretung ist aktives Mitglied der DKP. Diese Aktivitäten sind der zuständigen

Schulaufsichtsbehörde bekannt und Gegenstand dienstrechtlicher Prüfung.

Der DKP-orientierte Marxistische Schülerbund (MSB), der 1974 mit sechs örtlichen Gruppen in Großstädten des Landes bekannt wurde, ist im Laufe des Jahres 1975 nur noch in Düsseldorf und Essen aufgetreten. Ihm dürfte auch für die nächste Zeit kaum Bedeutung zukommen.

### **2.3.5 Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus)**

Der MSB Spartakus ist an allen Hochschulen unseres Landes vertreten und hier eine im allgemeinen verlässliche Stütze der DKP, an der er sich in der politischen Grundausrichtung orientiert. Wie die DKP ist auch der MSB Spartakus ideologisch in sich einheitlich und organisatorisch diszipliniert. Innerhalb der linksextremistischen Studentenbewegung hat die von DKP und MSB Spartakus vertretene traditionelle Richtung des Marxismus-Leninismus schon immer gegenüber den "Antiautoritären" im seinerzeitigen "Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS) sowie den aus ihm hervorgegangenen, heute meist maoistischen Gruppen der "Neuen Linken" die vorherrschende Rolle gespielt. Bei diesem Kräfteverhältnis gegenüber der "Neuen Linken" trug das disziplinierte und taktisch flexiblere Auftreten des MSB Spartakus mit dazu bei, daß die Entwicklung des studentischen Linksextremismus in Nordrhein-Westfalen vergleichsweise nicht so sehr von spektakulären Ausschreitungen geprägt war und ist.

Dies sollte aber nicht dazu führen, die "ordentlichen" Kommunisten für relativ harmlos zu halten und ihnen nicht die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Der MSB Spartakus hielt am 8./9.10.1975 in Köln seinen 4. Bundeskongreß ab. In dem aus diesem Anlaß zur "Orientierung" der Mitglieder vorher ausgearbeiteten und veröffentlichten "Kongreßpapier" ist ein besonderer Abschnitt der "Zusammenarbeit mit der DKP" gewidmet, die als "eine der größten Stärken" des Spartakus bezeichnet wird. Bemerkenswert ist darin die folgende Passage, die erkennen läßt, daß die Verhältnisse in der DDR als prinzipiell vorbildlich angesehen werden:

*"Die Leistungen der Arbeiterklasse in... der DDR und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft sind der bedeutendste praktische Beweis der revolutionären gesellschaftlichen Umwälzung, die die Arbeiterklasse hervorbringen kann. Diese Erfolge geben den kommunistischen Parteien aller Länder die historische Gewißheit des endgültigen Sieges der Arbeiterklasse im Weltmaßstab. Von dieser historischen Gewißheit, von der politischen Sicherheit, die daraus erwächst, läßt sich auch die DKP leiten".*

Die Mitgliederzahl des MSB Spartakus beträgt in Nordrhein-Westfalen über 1.000.

Nahezu 40 Gruppen sind in unserem Lande bekannt, die noch in "Sektionen" unterteilt sein können.

## **2.4 Prochinesische Kommunistische Parteien**

Für die maoistisch orientierten Gruppierungen liegt das Hauptbollwerk der internationalen kommunistischen Bewegung in China, das nach ihrer Auffassung mit den Entwicklungsländern die sog. 3. Welt und das revolutionäre kommunistische Zentrum bildet. Die westeuropäischen Industrienationen stehen als sog. 2. Welt in

Abhängigkeit zu den beiden Großmächten USA und Sowjetunion, die als sog. 1. Welt gemeinsam das imperialistische Lager repräsentieren, wobei die Sowjetunion als der imperialistische Hauptfeind gilt. Diese Konzeption hat insofern konkrete Auswirkungen, als KPD/ML und KPD die gewaltsame revolutionäre Umgestaltung nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für die DDR fordern, die zu einem sozialistisch/kommunistischen Gesamtdeutschland wiedervereinigt werden sollen.

Diese gemeinsame ideologische Ausgangsposition hat die seit Jahren bestehende Zersplitterung des maoistischen Lagers in mehrere Parteien und Jugendorganisationen nicht verhindern können, weil jede Gruppe für sich in Anspruch nimmt, die einzige und wahre Verfechterin der Ideen Maos zu sein. Es bleibt abzuwarten, ob die theoretischen und organisatorischen Gegensätze bei den zur Zeit laufenden Fusionsverhandlungen zwischen KPD und KPD/ML auf Dauer überwunden werden können.

## **2.4.1 Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)**

### **2.4.1.1 Zielsetzung**

Die KPD/ML läßt sich nach der 1969 veröffentlichten "Gründungserklärung" und der Präambel ihres Statuts in ihrer gesamten Tätigkeit von den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung leiten. Sie erstrebt die "Sozialistische Revolution" und die "Diktatur des Proletariats" als Voraussetzung für die kommunistische Gesellschaft und betont, daß dieses Ziel nur durch den bewaffneten Kampf erreicht werden kann.

### **2.4.1.2 Parteiorganisation**

An der Spitze der Partei steht das Zentralkomitee, Sitz Dortmund. Der Landesvorstand hat seinen Sitz ebenfalls in Dortmund. Ihm unterstehen 5 Ortsleitungen in Bielefeld, Bochum, Duisburg, Köln und Münster sowie bedeutsame "Stützpunkte" in Aachen, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Gütersloh, Minden-Lübbecke, Mülheim, Oberhausen, Recklinghausen, Wuppertal und im Rheinisch-Bergischen Kreis. Von den ca. 1.000 Mitgliedern der Partei im Bundesgebiet sind etwa die Hälfte in NW organisiert.

### **2.4.1.3 Publizistik**

Das ZK der KPD/ML gibt das Zentralorgan "Roter Morgen" heraus, das wöchentlich in einer Auflage von ca. 25.000 Exemplaren verbreitet wird. In Buchform gelangt sporadisch das theoretische Organ "Der Weg der Partei" zur Veröffentlichung. Darüber hinaus werden auf örtlicher Ebene von verschiedenen Parteifunktionären aus besonderen Anlässen neben Flugblättern Betriebszeitungen im Eigendruck hergestellt. Ihre Verteilung erfolgt in der Regel zu Arbeitsbeginn vor den Betrieben. Im Jahre 1975 konnten in NW 11 Titel erfaßt werden. Der Finanzbedarf der KPD/ML wird offensichtlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von Sympathisanten gedeckt.

### **2.4.1.4 Aktivitäten**

Funktionäre und Mitglieder der KPD/ML entwickelten bei mehreren örtlichen De-

monstrationen, Veranstaltungen und durch Informationsstände ungewöhnliche Hetzkampagnen, die zu einer großen Anzahl von Strafverfahren gegen Parteiangehörige wegen Volksverhetzung, Beleidigung, Widerstandleistung und ähnlicher Delikte führten. Dabei sind hohe Geldstrafen verhängt worden.

Die KPD/ML beteiligte sich an den Landtagswahlen 1975 erstmals in NW mit 19 Direktkandidaten. Von den insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen entfielen lediglich 1.731 auf diese Partei. An der Kommunalwahl hat sie nicht teilgenommen. In den Vorjahren hatte die KPD/ML versucht, durch Bildung sog. revolutionärer gewerkschaftlicher oppositioneller Gruppen in den Arbeitnehmerorganisationen Einfluß zu gewinnen. Durch Ausschluß von KPD/ML-Angehörigen aus den Gewerkschaften und durch Entlassung aktiver Parteiangehöriger aus den Betrieben wegen arbeitsrechtlicher Verstöße ist diese Entwicklung im Jahre 1975 zum Stillstand gekommen.

#### **2.4.1.5 Jugendorganisation der KPD/ML "Rote Garde"**

Jugendorganisation der KPD/ML ist die "Rote Garde", die ihre Bezeichnung von der gleichnamigen Jugendbewegung der chinesischen Kulturrevolution ableitet. Sie hat, nachdem sie wegen früherer Spaltung der KPD/ML zeitweise nur noch geringe Bedeutung besaß, ihre Aktivität in den letzten Jahren steigern können. Schwerpunkte sind Bielefeld, Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Münster und Wuppertal. Die Organisation hat in NW ca. 100 (Bund: ca. 300) Mitglieder, die sich auf 16 örtliche Gruppen und Stützpunkte verteilen.

#### **2.4.1.6 Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten (KSB/ML)**

Der Kommunistische Studentenbund/Marxisten-Leninisten ist eine Sektion der Roten Garde (der Jugendorganisation der KPD/ML). Er ist bekanntgeworden durch örtliche Gruppen in Aachen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Essen und Münster, die zu einem Landesverband zusammengeschlossen sind. Die Gesamtmitgliederszahl in NW beträgt etwa 100.

### **2.4.2 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**

#### **2.4.2.1 Zielsetzung**

Die KPD bekennt sich gleichfalls zu der von Mao Tse-tung "weiterentwickelten" Theorie des Marxismus-Leninismus. Die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele wird von ihr ausdrücklich bekräftigt. Der Volkskrieg wird befürwortet.

#### **2.4.2.2 Parteiorganisation**

Die Führungsspitze der KPD hat ihren Sitz in Köln. Sie gliedert sich in das Zentralkomitee (ZK), den "Ständigen Ausschuß" und das Politbüro. Der Ständige Ausschuß ist das eigentliche Leitungszentrum der Partei.

Die KPD unterhält im Bundesgebiet 6 Regionalkomitees, davon in Dortmund das Regionalkomitee Nordrhein-Westfalen.

In unserem Lande bestehen Ortsleitungen in Aachen, Bochum, Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf und Köln.

Die KPD hat im Bundesgebiet schätzungsweise 1.000 Mitglieder, davon ca. 500 in NW. Die Zahl ihrer Sympathisanten im Bundesgebiet wird auf 5.000 und im Lande NW auf 3.000 geschätzt.

### **2.4.2.3 Publizistik**

Das zentrale Publikationsorgan der KPD ist die Wochenzeitung "Rote Fahne", die in Köln redigiert und in Krefeld in einer Auflage von ca. 16.000 Exemplaren gedruckt wird. Außerdem erscheint die "Rote Pressekorrespondenz" (RPK) als wöchentliches Mitteilungsblatt (Auflage ca. 3.000 Exemplare).

Die KPD finanziert sich offensichtlich aus ihren eigenen Reihen. Es liegen bisher keine Hinweise darüber vor, die auf eine ausländische Finanzierung schließen lassen. Es ist bekannt, daß sich die KPD in dauernden Geldschwierigkeiten befindet.

### **2.4.2.4 Aktivitäten**

Trotz der relativ geringen Mitgliederzahl und der offenbar knappen Geldmittel war die KPD im Jahre 1975 sehr aktiv. Sie trat in der Öffentlichkeit durch zahlreiche Informationsstände, durch den Verkauf ihrer Zeitung "Rote Fahne" sowie durch zentrale Veranstaltungen in Erscheinung. So veranstalteten die KPD und ihre Hilfsorganisationen anlässlich des 2. Jahrestages des Abschlusses des Pariser Friedensabkommens am 25.01.1975 in Westberlin eine Vietnamkundgebung, an der mehr als 2.500 Personen, darunter auch KPD-Anhänger aus NW, teilnahmen.

Am 5. April 1975 demonstrierte die KPD in Düsseldorf gegen "Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung". An dieser Demonstration nahmen etwa 600 Personen teil. Während des Demonstrationzuges wurde der Ministerpräsident unseres Landes durch Lautsprecheransagen angegriffen, weil er es abgelehnt hatte, eine "Arbeitslosendelegation" der KPD zu empfangen.

Am 10. April 1975 demonstrierten etwa 80 Anhänger der KPD und ihrer Hilfsorganisationen vor der Botschaft der UdSSR in Rolandseck. Auf Transparenten forderten die Demonstranten "Sowjetimperialisten raus aus Portugal". In Sprechchören riefen sie "Breschnjew - Friedensheuchler - Kriegshetzer". Am 19. April 1975 veranstalteten die KPD und die "Liga gegen den Imperialismus" eine "Zentrale Vietnamdemonstration" für den "Sieg der Völker Indochinas" in Mannheim. An dieser Demonstration beteiligten sich etwa 5.000 Personen, darunter mehrere hundert KPD-Anhänger aus NW.

Die KPD hat sich erstmalig an den Landtags- und Kommunalwahlen 1975 in NW beteiligt. Zur Landtagswahl stellte sie 52 Direktkandidaten und erhielt 7.558 (0,1 %) Stimmen. Bei der Kommunalwahl kandidierte sie in 17 Wahlbezirken, in denen sie insgesamt 2.270 Stimmen erzielen konnte.

### **2.4.2.5 Einigungsbemühungen**

Zur Zeit sind Überlegungen im Gange, KPD und KPD/ML zu einer einheitlichen

kommunistischen Partei auf der Grundlage eines maoistischen Programms zu vereinigen. Als Ausgangspunkt dieser Bestrebung sind die Reisen einer Delegation der KPD und einer der KPD/ML zu getrennten Besuchen in der Volksrepublik China im Mai zu werten. Nach ihrer Rückkehr aus China ist die Bereitschaft zu einer Fusion beider Parteien unverkennbar. Dies läßt den Schluß zu, daß maßgebliche Funktionäre der KP Chinas in entsprechendem Sinne nachdrücklich auf die Delegationen eingewirkt haben. Es wurde in diesem Zusammenhang bekannt, daß zwischen der KPD und der KPD/ML bereits Gespräche zwecks Klärung der Standpunkte stattgefunden haben, so daß eine Fusion dieser Parteien nicht mehr ausgeschlossen erscheint. In diesem Zusammenhang ist bezeichnend die öffentliche Kundgebung der KPD (300 Teilnehmer) anläßlich der Handelsausstellung der Volksrepublik China in Köln (13. - 15.06.1975), auf der die am 03.06.1975 aus China zurückgekehrte Delegation der KPD empfangen und die Vereinigung der maoistischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit der KP China propagiert wurde. Auch auf der Veranstaltung der KPD am 28.06.1975 in Düsseldorf, die sich gegen den "Sowjetischen Sozialimperialismus" richtete (Teilnehmer etwa 1.400), wurden die Fusionsbestrebungen deutlicher den je: War es doch das erste Mal, daß ein Vertreter des ZK der KPD/ML offiziell auf einer KPD-Veranstaltung gesprochen und eine Vereinigung beider Parteien angeboten hat.

Allerdings hat die Ende 1975 begonnene Theoriediskussion, die der Erarbeitung eines gemeinsamen Parteiprogramms dienen soll, zu erheblichen Spannungen geführt, so daß die für den 31.12.1975 vorgesehene Fusion beider Parteien verschoben werden mußte.

#### **2.4.2.6 Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender (VSK)**

Die maoistische KPD, ohnehin nach Entstehungsgeschichte und soziologischer Zusammensetzung mehr im intellektuell akademischen Bereich verhaftet, läßt sich das Bemühen um eine "revolutionäre Kunst und Kultur" als "Waffe für den Sozialismus" besonders angelegen sein. Nach Anlaufbemühungen in den Jahren 1973 und 1974 kam es im Mai 1975 zur Gründung einer KPD-orientierten "Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender" (VSK) auf einer Tagung in Köln und Düren. Mit ihr, so schrieb die "Rote Fahne" der KPD, sei "der Kampf an der Kulturfront um einen sichtbaren Schritt vorangekommen". Wie aus vertraulichen Unterlagen für die genannte Tagung hervorgeht, wird der friedliche Übergang zum "Sozialismus" nicht für möglich gehalten, da die Bourgeoisie auch in unserem Lande ihre Positionen nicht freiwillig räumen und ihre Bastionen nicht kampflös preisgeben werde. Sitz des Zentralvorstandes der VSK ist Köln. Regionale Gliederungen gibt es noch nicht.

#### **2.4.2.7 Liga gegen den Imperialismus**

Eine besondere Stellung innerhalb der Hilfsorganisationen der KPD nimmt die "Liga gegen den Imperialismus" ein. Sie bildet die KPD-Aktionszentrale zur agitatorischen Verwertung von politischen Konflikten außerhalb der Bundesrepublik und internationalen Krisenherden zugunsten der von dieser Partei vertretenen besonderen Richtung des Kommunismus.

Ihre spezielle Aufgabe sieht die "Liga ..." darin, von ihr als antiimperialistisch angesehene Organisationen und Bewegungen ideologisch und politisch zu

unterstützen und für sie in der Bundesrepublik Sympathiewerbung zu betreiben, und zwar auch, soweit sie sich in bewaffneter Erhebung äußern. Angesichts der starken internationalen Verflechtung und der immer noch erheblichen Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik sind die Anknüpfungspunkte für Aktionen zahlreich. Damit ergibt sich ein potientiell Mobilisierungsreservoir für die KPD unter den bei uns lebenden Gastarbeitern und ausländischen Studenten.

Angesichts der politischen Entwicklung auf der iberischen Halbinsel versucht die "Liga ..." gegenwärtig besonders ihre Vorstellungen über deutsche Spanien- und Portugalkomitees zu verbreiten, wobei über die "Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes", in der aber auch die KPD/ML Einfluß hat, eine Verbindung zur militant-revolutionären spanischen "Frente Revolucionario Antifascista y Patriota" (FRAP) geht.

Im äußeren Auftreten hat die auch zur Gesetzesübertretung neigende betonte Militanz der "Liga ..." nachgelassen, dies allerdings intern nicht unwidersprochen.

Die "Liga ..." hat in Nordrhein-Westfalen nach eigenen Angaben vom März 1975 ca. 750 Mitglieder.

Der Landesverband der Liga in Nordrhein-Westfalen hat inzwischen mindestens 25 Ortsgruppen, in ca. 15 weiteren Orten wurden Aktivitäten der Liga festgestellt, die dort mit "Agit-Prop-Trupps" (als Vorstufen für Ortsgruppen) in die Öffentlichkeit geht. In unserem Lande sind ferner fünf Bezirksleitungen bekanntgeworden.

#### **2.4.2.8 Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD)**

Die bisher unter dem Namen "Kommunistischer Jugendverband" (KJV) aufgetretene Jugendorganisation der KPD beschloß auf ihrer 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz im April 1975, den Verbandsnamen in "Kommunistischer Jugendverband Deutschlands" (KJVD) zu ändern. Zur Begründung erklärte der Verband, man habe den Namen gewählt, den auch die Jugendorganisation Ernst Thälmann's getragen habe, an dessen revolutionäre Tradition der neue KJVD anknüpfe.

Im Mai 1975 verlegte der KJVD sein Zentralkomitee, die Redaktion seines Zentralorgans "Kämpfende Jugend" und den gleichnamigen Organisationsverlag von Dortmund nach Köln und vollzog damit den gleichen Schritt wie die KPD und die übrigen sogenannten "Massenorganisationen" dieser Partei.

#### **2.4.2.9 Kommunistischer Oberschülerverband (KOV)**

Gescheitert ist der Versuch der KPD, für die Belange der Schüler eine eigene Organisation zu unterhalten, den Kommunistischen Oberschülerverband (KOV). Dieser Ende 1972 gegründete Verband hat nach eigenen Angaben keine "Massenbasis" unter den Oberschülern schaffen können und daher beschlossen, sich aufzulösen und seine Mitglieder in den "Kommunistischen Jugendverband Deutschlands" (KJVD) zu überführen. Gleichzeitig stellte das KOV-Organ "Schulkampf" sein Erscheinen ein. Die Agitation und Propaganda unter Oberschülern soll das KJVD-Organ "Kämpfende Jugend" fortsetzen.

#### **2.4.2.10 Kommunistischer Studentenverband (KSV)**

Der KSV war, in Nordrhein-Westfalen vor allem seit den Ausschreitungen in Bonn am 10.04.1973 anlässlich des Besuches des damaligen südvietnamesischen Staatspräsidenten, geradezu ein Symbolbegriff brutal-brachialen öffentlichen und kollektiven studentischen Aufbegehrens. Er hat seitdem - nicht zuletzt im Zusammenhang mit seinerzeitigen Diskussionen um ein mögliches Verbot - in seiner Gesamtheit eine vorsichtigeren Haltung eingenommen. Seit dem Auftreten des KBW und dessen einzelnen Hochschulgruppen hat der KSV auch an Bedeutung eingebüßt. Die differenziertere und moderiertere Art dieser Gruppen, sich mit Fragen der Hochschul- und allgemeinen Politik auseinanderzusetzen, wirkt offenbar attraktiver.

Die Mitgliederzahl des KSV beträgt in Nordrhein-Westfalen wahrscheinlich weniger als 500.

Von den auf Länderebene gegründeten sechs "Regionalkomitees" besteht in Nordrhein-Westfalen eines. Bisher sind in unserem Lande an 13 Hochschulorten KSV-Aktivitäten festgestellt worden, wobei daraus nicht zwingend auch auf das kontinuierliche Bestehen einer lokalen Organisation geschlossen werden kann.

### **2.4.3 Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)**

#### **2.4.3.1 Zielsetzung**

Mitte 1973 wurde der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) durch Zusammenschluß einiger bis dahin selbständiger kommunistischer Gruppen und "Roter Zellen" in Bremen gegründet.

Auch der KBW erklärt in seinem Programm, solange die "Bourgeoisie" über bewaffnete Kräfte verfüge, werde das "Proletariat" die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen.

#### **2.4.3.2 Organisation**

Der KBW wird von einem Zentralkomitee geleitet, dessen Aufgaben zwischen den ZK-Plenarsitzungen von einem "Ständigen Ausschuß" wahrgenommen werden. Beide Führungsgremien haben ihren Sitz in Mannheim. Unterhalb dieser Ebene sind Regionalkomitees vorgesehen. Ein Komitee für NW ist noch nicht gebildet worden. Hier besteht eine Reihe von Ortsgruppen, darunter vor allem in Aachen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Köln, Münster und Neuss.

Die Zahl der Mitglieder des KBW wird für das Bundesgebiet auf etwa 1.500 und für NW auf rund 600 geschätzt.

#### **2.4.3.3 Publizistik**

Das ZK des KBW gibt die wöchentlich in einer Auflage von 40.000 Exemplaren erscheinende "Kommunistische Volkszeitung" (KVZ) heraus. Daneben wird vierteljährlich die "theoretische" Zeitschrift "Kommunismus und Klassenkampf" verbreitet (Auflage 15.000). Auf lokaler Ebene sind im Jahre 1975 Betriebszeitungen mit 11 Titeln erfaßt worden.

#### **2.4.3.4 Aktivitäten**

Die Aktivitäten des KBW waren im Jahre 1975 durch ein starkes Engagement seiner Mitglieder geprägt. So ist das Zentralorgan KVZ von der in Baden-Württemberg gelegenen KBW-eigenen Druckerei von bestimmten Sammelpunkten im Bundesgebiet aus durch Mitglieder abgeholt und anschließend an Informationsständen verteilt worden. Durchgeführte Demonstrationen und Veranstaltungen orientierten sich an den politischen Tagesfragen.

Der KBW hat sich an den Landtags- und Kommunalwahlen in NW nicht beteiligt.

#### **2.4.3.5 KBW-orientierte Schülergruppen**

Zugenommen hat die Zahl der Schülergruppen, die sich zum Programm des KBW bekennen. Derartige Gruppen wurden aus Bochum, Köln, Krefeld, Münster und Paderborn bekannt. Sie bezeichnen sich in der Regel als Kommunistische Schülergruppe (KSG) bzw. Kommunistischer Oberschülerbund (KOB).

#### **2.4.3.6 KBW-orientierte Studentengruppen**

Studentengruppen, die sich zum Programm des KBW bekennen, tragen verschiedene Bezeichnungen (z.B. "Kommunistische Hochschulinitiative", "Kommunistische Studentengruppe") und sind auf Beschluß des KBW überregional nicht organisiert. Ihr Einfluß in der Studentenschaft - insbesondere in der studentischen Selbstverwaltung - ist unbedeutend.

Im einzelnen sind in Nordrhein-Westfalen derartige Gruppen in Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund, Köln, Mönchengladbach, Münster, Neuss und Wuppertal bekannt.

### **2.5 Trotzlisten**

Der Vollständigkeit halber werden noch die in unserem Lande tätigen trotzkistisch-kommunistischen Organisationen erwähnt, die aber angesichts ihrer zahlenmäßigen Schwäche und ihrer Zersplitterung bisher noch keine ins Gewicht fallende politische Rolle spielen konnten.

Zu nennen sind hier:

- die "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) deutsche Sektion der IV. Internationale,
- die "Internationalen Kommunisten Deutschlands" (IKD), die sich ebenfalls als deutsche Sektion der IV. Internationale bezeichnen,
- der "SPARTACUSBUND",
- der "Bund Sozialistischer Arbeiter" (BSA) und
- die "Trotzkistische Liga Deutschlands" (TLD).

Gemeinsam ist ihnen allen die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. Daher sind im Rahmen dieses zusammenfassenden Berichts ihre ideologischen Differenzen untereinander ohne Belang.

Die trotzkistische Jugendorganisation "Junge Garde - für die Internationale der Jugend" hat die Spaltung im Jahre 1971, die zur Gründung des "Sozialistischen Jugendbundes" führte, offensichtlich nicht überstanden und ist seit mehr als einem Jahr nicht mehr in Erscheinung getreten.

Damit bleibt als einzige Organisation dieser Art im Bereich der trotzkistisch-kommunistischen Richtung der "Sozialistische Jugendbund" (SJB), der in Nordrhein-Westfalen mit zwei Gruppen in Essen seinen Schwerpunkt besitzt und dort sehr aktiv ist, im übrigen aber nur noch über drei weitere Gruppen in Nordrhein-Westfalen verfügt.

Bemerkenswert sind seine vielfältigen Kontakte zu trotzkistischen Organisationen im Ausland.

## **2.6 European Labour Committees (ELC)**

Eine gewisse Sonderstellung im Spektrum der linksextremistischen Gruppierungen nehmen zur Zeit die als Teil der internationalen LC-Bewegung (Labour Committees) gegründeten und 1973 erstmals in der Bundesrepublik Deutschland auftretenden "Europäischen Arbeiter-Fraktionen" (ELC - European Labour Committees) ein, die Ende 1974 für die Beteiligung an Landtagswahlen - auch in NW - eine "Europäische Arbeiterpartei" (EAP) schufen. Sie haben einen sektenartigen Charakter und sind wegen ihrer verworrenen politischen Konzeption schwer in die herkömmlichen Kategorien des Linksextremismus einzuordnen. Soweit erkennbar, wollen sie in einem revolutionären Prozeß ein sozialistisches Räte-system errichten, das weder den orthodoxen kommunistischen noch den maoistischen Vorstellungen entspricht, sondern einen "freien Sozialismus" verwirklicht. In letzter Zeit zeichnet sich eine - allerdings nicht auf Gegenliebe stoßende - prosovjetsche Linie ab.

Als "Hauptfeinde" der Menschheit bezeichnen die ELC die "CIA/Rockefeller-Kräfte", die eine "faschistische Welt-diktatur" errichten wollten. Dagegen müßten Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten mit den ELC eine "internationale Einheitsfront" bilden.

Als Führungsorgan unterhalten die ELC ein "Europäisches Exekutivkomitee" mit einem "Internationalen Stab" in Wiesbaden; in 11 Städten der Bundesrepublik Deutschland - darunter Dortmund, Düsseldorf und Köln - bestehen ELC-Büros bzw. -Kontaktstellen.

Obwohl mitgliedermäßig sehr schwach - nach eigenen Angaben haben sie in Europa 300 Mitglieder, davon die Hälfte in der Bundesrepublik (NW ca. 30) - entfalten die ELC eine starke publizistische Aktivität: sie geben die Wochenzeitung "Neue Solidarität" in fünf Sprachen heraus (Auflage der deutschen Ausgabe: 15.000 bis 20.000); ferner werben sie in zahlreichen Flugblättern für ihre Ziele.

### **3 Situation an den Hochschulen**

Nach wie vor ist der Bereich der Hochschulen ein besonders bevorzugter Zielpunkt des Linksextremismus, wenngleich hier ein Vordringen von Gruppierungen festzustellen ist, die den staatstragenden Parteien zuzuordnen sind. Soziologisch gesehen haben namentlich die maoistischen Gruppierungen hier eine relativ größere Resonanz und personell ein entsprechendes größeres Reservoir gefunden als unter den Arbeitern und der werktätigen Jugend. Der Rechtsextremismus hingegen spielt an den Hochschulen keine Rolle, weil die Versuche rechtsextremer Gruppen - insbesondere des der NPD nahstehenden "Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB) - in diesem Bereich Fuß zu fassen, schon vor Jahren gescheitert sind. So konnten seit 1974 keine Erkenntnisse mehr über das Bestehen von NHB-Gruppen in NW gewonnen werden.

Die nachfolgenden Ausführungen behandeln infolgedessen nur noch den Linksradikalismus an den Hochschulen unseres Landes.

#### **3.1 Allgemeine Lage und besondere Vorkommnisse in Nordrhein-Westfalen**

Im Bereich der Hochschulen hatte sich zunächst in der Studentenschaft die Phase einer gewissen äußeren Beruhigung fortgesetzt.

In jüngster Zeit kam es aber auch in unserem Lande wieder zu Protestaktionen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Amtsenthebung des Allgemeinen Studentenausschusses an der Universität Marburg, die erneut die Diskussion um das vor allem von linksextremistisch beherrschten Studentenschaften beanspruchte "allgemein-politische Mandat" belebte. Ein solch genereller Anspruch wird nicht nur in den zuständigen Verwaltungsbehörden, sondern auch in der Rechtsprechung abgelehnt. Die Linksextremisten stellen dies als einen Angriff auf angebliche Rechte der "verfaßten Studentenschaft" dar, d.h. den Zusammenschluß aller an einer durch den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) vertretenen Korporation, wobei die Einzelmitgliedschaft in ihr auf der Einschreibung, nicht auf freiwilligem Beitritt beruhe.

Am 24.11.1975 wurde an der Universität Münster eine anberaumte Senatssitzung durch ca. 300 demonstrierende Studenten dadurch verhindert, daß sie einen Teil der Professoren-Gruppe des Senats daran hinderten, den Sitzungssaal zu betreten. Sie wollten hierdurch ihren Widerstand gegen das Verbot einer Urabstimmung, in der auch das (allgemein-) politische Mandat gefordert wurde, zum Ausdruck bringen, obwohl auch das Verwaltungsgericht das Verbot bestätigt hatte. Sie wurde dann außerhalb der Universität abgehalten.

Solche Urabstimmungen, die auch anderwärts stattfanden, sollten der vorbereitenden Unterstützung von bundesweiten Aktionstagen dienen, die von den linksextremistisch beeinflussten Studentenschaften Anfang Dezember veranstaltet wurden. Der von ihnen ausgegebene Forderungskatalog stellte eine Mischung von bildungspolitischen Anliegen und einer Frontstellung gegen angebliche "politische Disziplinierung" dar, worunter zusammengefaßt wurden einmal das Bestreiten eines allgemein-politischen Mandats der Studentenschaften und ihrer Vertretungen durch Verwaltungsbehörden und Gerichte, und zum anderen die sogenannte

Berufsverbotspraxis, also das Bestreben des Staates und der ihn tragenden politischen Kräfte, auf rechtsstaatlicher Grundlage und in rechtsstaatlich einwandfreier Verfahrensweise Personen aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten, bei denen auf Tatsachen gegründete Zweifel bestehen, ob sie die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten.

Austragungsort ideologisch-politischer Auseinandersetzungen sind stets auch die Organe der studentischen Selbstverwaltung und die Hochschulgremien, soweit sie anteilmäßig mit Studenten besetzt werden. Hier wird weiterhin hart und erbittert um Machtpositionen gerungen. Bezeichnend hierfür ist ein Fall an der Fachhochschule Niederrhein, der sich im Sommersemester 1975 ereignete:

Nachdem der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bei den Wahlen zum Fachgruppenausschuß im Fachbereich Wirtschaft mit 5 von 11 Sitzen stärkste Gruppe geworden war, versuchten linksextreme Gruppen auf einer Abteilungsvollversammlung, bei der von etwa 1.000 eingeschriebenen lediglich 48 Studenten anwesend waren, die RCDS-Vertreter mit einer Mehrheit (!) von 25 Stimmen aus dem Fachgruppenausschuß hinauszuwählen, ohne daß hierfür eine rechtliche Handhabe bestand.

Zu einer Krawallszene kam es im November 1975 während einer Sitzung des Studentenparlaments an der Technischen Hochschule Aachen. Angeführt von Maoisten drangen etwa 80 überwiegend ausländische Studenten in die Sitzung ein und forderten die Ablösung des persischen Auslandsreferenten des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) durch das Skandieren von Sprechchören, wobei sie außerdem mit Bier- und Colaflaschen auf die Tische hämmerten. Die Sitzung wurde abgebrochen.

Am 28.01.1976 kam es bei einer Veranstaltung der Fachschaft Jura der Universität Münster mit Bundesverteidigungsminister Leber zu Gewalttätigkeiten, als ca. 160 linksextremistische Studenten die eingesetzten Ordner überrannten, Türen aufbrachen und sich auf diese Weise Zugang zum Veranstaltungsraum verschafften. Sie verteilten sich über den ganzen Raum und machten bei Eintreffen des Ministers mit lautstarken Megaphonen einen solchen Lärm, daß weder der Minister noch der Veranstalter sich verständlich machen konnten. Die Veranstaltung mußte abgebrochen werden.

Als Reaktion hierauf ist der konstituierenden Sitzung des Studentenparlaments der Universität Münster am 02.02.1976 eine Resolution vorgelegt worden, in der Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung abgelehnt wurde. Sie erhielt bei der Abstimmung keine Mehrheit.

Aus allerletzter Zeit sei noch ein Vorkommnis an der Universität Köln erwähnt, das sich am 09.02.1976 ereignete:

Eine Gruppe von Studenten verschaffte sich unberechtigt Zugang zu einem Hörsaal des Gerichtsmedizinischen Instituts und erzwang den Abbruch einer Vorlesung; im Hörsaal gab es tätliche Auseinandersetzungen.

### **3.2 Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS)**

Ein Hauptbetätigungsfeld der linksextremistischen Studentengruppen sind seit

Jahren auch die Dachverbände der Studentenschaften. Denn gerade sie sind es, die das beanspruchte allgemein-politische Mandat immer wieder in entsprechende politische Aussagen umsetzen. Hier ist 1975 ein vieldiskutierter, bisher an den Mehrheitsverhältnissen immer wieder gescheiterter Zusammenschluß vollzogen worden. Die unter dem Einfluß kommunistischer Gruppen stehenden, untereinander rivalisierenden Verbände, der

- Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) und der
- Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West (SVI)

beschlossen im Mai 1975 ihre Auflösung und gründeten gleichzeitig die

- Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS),

die damit als Dachorganisation die Vertretung aller Studenten der Bundesrepublik beanspruchen. Der Kampf um die Macht in diesem Verband, an dem sich die gegensätzlichen, freilich auch in sich keineswegs homogenen Fraktionen

- Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB),
- Sozialistischer Hochschulbund (SHB),
- Basisgruppen (in den auch die maoistische - kommunistischen Gruppen, wie der KBW usw. vertreten sind)

einerseits sowie die

- Jungsozialisten und der
- Liberale Hochschulverband (LHV)

andererseits beteiligten, endete damit, daß jede Gruppe einen Sitz in dem aus fünf Personen bestehenden Vorstand erhielt. So konnte, wie schon zuletzt im früheren VDS, eine alleinige Herrschaft von Linksextremisten verhindert werden.

Ein seit Jahresbeginn vom MSB Spartakus propagierter Sternmarsch nach Dortmund, dessen Veranstaltung die VDS auf ihrem Gründungskongreß ablehnten, wurde ungeachtet dieser Entscheidung von den MSB Spartakus- und den SHB-Vertretern im Vorstand der VDS allerdings noch weiter organisiert und im Juni 1975 verwirklicht.

Ein Kongreß am 24.01.1976 in Marburg zugunsten einer gesetzlichen Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat wurde vom MSB Spartakus allein ohne Unterstützung der anderen in den VDS zusammenarbeitenden Organisationen und ohne deren Beteiligung selbst getragen, namentlich auch ohne den SHB als bisherigem treuen Bündnispartner des MSB Spartakus.

Der SHB bedarf hier noch einer kurzen Beleuchtung. Einmal deswegen, weil seine eigenen ideologisch-politischen Vorstellungen, wie sie vor allem in seinem auf der 13. Bundesdelegiertenversammlung vom 3. - 5.11.1972 in Bonn verabschiedeten Grundsatzprogramm niedergelegt sind, ihn wohl eher in der Nähe doktrinär-marxistischer als demokratisch-sozialistischer Ideen stehend erscheinen lassen können. Da aber programmatische Äußerungen aus dem SHB-Bereich in wesentlichen Punkten nicht immer hinreichend eindeutig sind und die Kraft ihrer Verbindlichkeit im Gesamtverband sowie innerhalb der einzelnen Gruppen nicht in jedem Falle tatsächlich gewährleistet ist, muß zum anderen darauf hingewiesen werden, daß der SHB seit Jahren ununterbrochen mit dem MSB eng zusammenarbeitet. Dieses Bündnis geht

über die Bedeutung einer punktuellen und zeitweiligen Zweckkoalition hinaus. So heißt es, um einen Beleg hierfür aus jüngerer Zeit zu bringen, im Politischen Bericht des Bundesvorstandes an die 16. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung, die am 1./2.11.1975 in Düsseldorf stattfand:

*"Der SHB kämpft für die Aktionseinheit der Studentenbewegung, deren Kern das Bündnis von SHB und MSB Spartakus ... ist".*

Besonders in letzter Zeit konnte festgestellt werden, daß an verschiedenen Fachhochschulen des Landes SHB-Mitglieder zur DKP und zum MSB Spartakus abwandern. Auf der anderen Seite haben die Juso-Hochschulgruppen dem SHB Terrain abnehmen können, so daß dieser zwischen ihnen und dem MSB zunehmend an Mitgliedern und politischem Einfluß verliert. Wahrscheinlich beträgt seine Mitgliederstärke jetzt weniger als 1.000 bei abnehmender Tendenz. Örtliche Gruppen, die zu einem Landesverband Nordrhein-Westfalen zusammengefaßt sind, bestehen an nahezu allen Hochschulen.

Möglicherweise auch unter dem Eindruck der vorstehend geschilderten Entwicklung ist es nicht zu einer Beteiligung des SHB an dem erwähnten Kongreß am 24.01.1976 in Marburg gekommen.

Von verschiedenen gemäßigten Studentenorganisationen getragene Studentenschaften, die in den VDS keine Basis mehr sehen, bildeten als Gegengewicht gegen den kommunistischen Einfluß in den VDS im Oktober 1975 eine "Konferenz demokratischer Studentenvertretungen", in der sie künftig ihre Arbeit koordinieren wollen. Aus dem Landesbereich sind in dieser "Konferenz ..." die Studentenschaften der Hochschulen bzw. Universitäten in Aachen, Bochum und Bonn vertreten.

### **3.3 Studentische Selbstverwaltung**

Eine Analyse der Wahlergebnisse zu den Studentenparlamenten sowie der Zusammensetzung der Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) läßt erkennen, daß die gemäßigten Studentengruppen an Bedeutung gewinnen. Es gelingt ihnen inzwischen - mehr als früher - bei solchen Wahlen Erfolge zu erzielen und auch einzelne AStA mit ihren Anhängern zu besetzen. Es wäre im gegenwärtigen Zeitpunkt aber noch verfrüht, hier von einer generellen Tendenzwende zu sprechen.

Als die Pole im Spannungsfeld der politisch orientierten Studentengruppen sind zur Zeit auf der Linken der MSB Spartakus sowie der - allerdings zahlenmäßig unbedeutenden - maoistischen Gruppen und auf der anderen Seite der RCDS anzusehen. Soweit diese Gruppen in den letzten beiden Jahren auf eigenen Listen zu den Studentenparlamenten kandidierten und damit Vergleichsmöglichkeiten gegeben sind, ergibt eine Gegenüberstellung der Anteile an Parlamentssitzen folgendes Bild:

	1975	1976	
MSB Spartakus	54	64	+ 10
maoistische Gruppen	24	23	- 1
RCDS	108	154	+ 46

Bei den AStA stehen 7 gemäßigten AStA 20 gegenüber, an denen der MSB Spartakus beteiligt ist.

## **4 Ausländer**

### **4.1 Allgemeines**

Im Bundesgebiet und Berlin (West) leben zur Zeit knapp 4,1 Mio. Ausländer; davon halten sich 1,2 Mio. in Nordrhein-Westfalen auf. Die stärkste ausländische Bevölkerungsgruppe bilden in unserem Lande - wie bisher - die Türken (rd. 358.000). Ihnen folgen die Italiener (rd. 163.000), Jugoslawen (rd. 150.000), Griechen (rd. 136.000), Spanier (rd. 91.000) und Portugiesen (rd. 52.000); der Rest setzt sich aus Ausländern anderer Nationalitäten, darunter knapp 30.000 Staatsangehörigen der Ost-Blockländer (außer Jugoslawien) und rd. 30.000 Staatsangehörigen der arabischen Länder, zusammen.

Nur ein geringer Bruchteil der in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländer ist in politisch extremen Ausländervereinen organisiert, nur sehr wenige betätigen sich in konspirativ arbeitenden Organisationen, die Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele bejahen und anwenden oder terroristische Tendenzen erkennen lassen.

Im einzelnen ergibt sich folgender Überblick:

### **4.2 Palästinenser**

Von den konspirativ arbeitenden palästinensischen Widerstandsgruppen sind zwei Organisationen durch Kontaktpersonen auch in unserem Land vertreten: Es handelt sich um die sozialrevolutionär-nationalistische "Fatah" sowie die maoistische "Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PDFLP). Beide Organisationen beschränken ihre Terroranschläge zur Zeit auf Israel. Im Gegensatz dazu ist die ebenfalls maoistische "Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP) vor allem durch im Ausland begangene Terrorakte, insbesondere durch Anschläge gegen die internationale Zivilluftfahrt bekanntgeworden. Dafür, daß diese Organisation auch in Nordrhein-Westfalen aktiv ist, gibt es gegenwärtig keine hinreichenden Anzeichen. Gleiches gilt für die palästinensische Terroristengruppe "Schwarzer September", die u.a. für den Anschlag bei den Olympischen Spielen in München am 05.09.1972 und die Entführung eines Linienflugzeuges der Deutschen Lufthansa am 29.11.1972 verantwortlich ist.

Von Zeit zu Zeit einlaufende Warnmeldungen über drohende Gewaltanschläge palästinensischer Untergrundgruppen, anonyme Bombendrohungen und sonstige Drohungen, wie z.B. die im April 1975 beim Bundeskanzleramt eingegangenen Erpresserbriefe einer bisher nicht bekannten "Deutschen Sektion - Kommando Abdul Said" zwingen die Sicherheitsorgane immer wieder zu vielfältigen Sicherheitsmaßnahmen. Diese Tatsache sowie spektakuläre Geiselnahmen im Ausland, wie etwa die Geiselnahme des ägyptischen Botschafters in Madrid und zwei seiner Mitarbeiter durch vier palästinensische Terroristen im September 1975 und die Geiselnahme fast aller an der OPEC-Konferenz in Wien teilnehmenden Minister im Dezember 1975 durch ein internationales Terroristenkommando mit dem Namen "Arm der arabischen Revolution", unterstreichen, daß die Gefährlichkeit palästinensischer oder anderer im Nahost-Konflikt engagierter Terrorgruppen unverändert groß ist. In diesem Zusammenhang sei auch der Sprengstoffanschlag auf das Büro der "State of Israel Bonds" in Berlin am 08.02.1976 erwähnt, zu dem

sich in Flugblättern eine Gruppe "Arm der arabischen Revolution/RZ" bekannt hat.

Arabische Studentenvereine unterstützen den palästinensischen Widerstand im wesentlichen durch Flugblattaktionen und Informationsveranstaltungen. Die an deutschen Hochschulen bestehenden örtlichen Arabischen Studentenvereine haben sich im Februar 1975 zu einer "Generalunion Arabischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin" (GUAS) zusammengeschlossen. Örtliche Gliederungen dieser Union bestehen in Aachen, Bonn, Köln und Münster.

### **4.3 Iraner**

Bei den Iranern sind extremistische Bestrebungen hauptsächlich unter den Studenten festzustellen. Die an verschiedenen Hochschulen unseres Landes bestehenden Iranischen Studentenvereine (ISV) wenden sich an diejenigen unter den zur Zeit rd. 900 an hiesigen Hochschulen erfaßten iranischen Studenten, die dem politischen System ihres Heimatlandes ablehnend oder kritisch gegenüberstehen. Die ISV sind in der Regel in der von Maoisten gelenkten "Föderation Iranischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin" (FIS) zusammengeschlossen, die ihrerseits als Mitglied in der von Maoisten beeinflussten "Konföderation Iranischer Studenten-National-Union" (CISNU) vertreten ist. Die CISNU ist eine internationale Dachorganisation, deren deutscher Sitz in Frankfurt a.M. liegt. CISNU, FIS und die örtlichen ISV fordern auf Flugblättern, Veranstaltungen und bei Demonstrationen den Sturz des von ihnen als "faschistisch" bezeichneten Schahregimes. Ihre politische Agitation kann im Einzelfall auch zu Störungen der öffentlichen Ordnung führen. Bei den 27. Internationalen Militärfußballweltmeisterschaften störten z.B. CISNU-Anhänger am 01.07.1975 in Hagen und am 08.07.1975 in Siegen zwei Fußballspiele, an denen die iranische Mannschaft beteiligt war, durch Transparente, Flugblätter und Sprechchöre. Am 02.01.1976 besetzten rd. 50 iranische Studenten die St. Agnes-Kirche in Köln, um dort mit einem Hungerstreik gegen die kürzlich im Iran gegen 10 Personen wegen politischer Gewaltverbrechen verkündeten Todesurteile zu protestieren. Die Protestaktion ging auf eine Initiative des maoistischen Flügels der FIS zurück. Am 28.01.1976 besetzten etwa 20 maskierte Demonstranten, darunter sieben CISNU-Mitglieder, die Konsularabteilung der iranischen Botschaft in Bonn, um gegen das Schahregime und die Vollstreckung von neun Todesurteilen zu protestieren.

### **4.4 Jugoslawen**

Unter den jugoslawischen Emigrantengruppen verdienen vor allem die kroatischen Emigrantengruppen wegen ihrer Neigung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit ihren politischen Gegnern verstärkte Aufmerksamkeit.

Folgende Ereignisse, die sich teilweise außerhalb von Nordrhein-Westfalen sowie im Ausland ereignet haben, verdeutlichen die Lage: Im Januar 1975 wurde ein Jugoslawe in Frankfurt a.M. schwer verletzt, als er eine "Buchbombe" herzustellen versuchte. Er stand mit der "Kroatischen Revolutionären Bruderschaft" (HRB) in Verbindung. Am 17.07.1975 wurde in Paris ein aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesener, der HRB nahestehender Kroat durch Pistolenschüsse schwer verletzt.

Diese nationalistisch-terroristische Organisation, deren Führungsstäbe sich im

Ausland befinden, ist bereits 1968 vom Bundesminister des Innern verboten worden. Sie verfügt im Bundesgebiet nur über einzelne Mitglieder. Aktivitäten dieser Organisation in Nordrhein-Westfalen sind zur Zeit nicht festzustellen.

Am 15.03.1975 wurde bei Köln die Leiche eines ermordeten Exilkroaten aus dem Rhein geborgen. Politische Motive für den Mord sind wahrscheinlich, da zwischenzeitlich bekannt wurde, daß der Kroat als politischer Gegner des "Tito-Regimes" Auseinandersetzungen mit jugoslawischen Gastarbeitern gehabt hatte und sich vor seinem Tode verfolgt gefühlt haben soll. Der Exilkroate war zuletzt in Neuss beschäftigt.

Am 06.06.1975 wurde in Stuttgart der Leiter einer Gruppe der jugoslawischen Emigrantenvereinigung "Kroatischer Nationaler Widerstand" (HRVATSKI NARODNI ODPOR) - HNO - bei einem auf ihn verübten Mordanschlag unbekannter Täter so schwer verletzt, daß er einige Tage später verstarb. Neuer Leiter der Gruppe wurde ein in Dortmund wohnender Kroat. Mit dieser Gruppe rivalisiert eine zweite HNO-Gruppierung, deren Leiter seinen Wohnsitz in Köln hat.

Am 30.10.1975 wurde in Köln ein Pförtner von bisher unbekanntem Tätern angeschossen. Wahrscheinlich galt der Anschlag jedoch dem in Köln lebenden Anführer der zweiten HNO-Gruppe.

Bei der HNO handelt es sich um eine nationalistische international verzweigte kroatische Emigrantenvereinigung. Sie wurde 1960 in Spanien gegründet. Ihr Ziel liegt in der Wiederherstellung eines unabhängigen Staates Kroatien durch bewaffneten Umsturz. Sie arbeitet konspirativ. Seit der Ermordung ihres Gründers und "Befehlshabers", des ehemaligen Ustascha-Generals Vjekoslav "Maks" Luburic am 20. April 1969 in Spanien, ist der Kroatische Nationale Widerstand auch in der Bundesrepublik in die beiden miteinander rivalisierenden Gruppen gespalten, von denen jede für sich in Anspruch nimmt, das politische und ideologische Erbe des Ustascha-Generals Luburic in dessen Sinne, und zwar mit der "Dialektik der Worte und mit Dynamit" zu vertreten. Beide Gruppen zusammen haben im Bundesgebiet schätzungsweise 90 Mitglieder.

Von der oben erwähnten nationalistisch-terroristischen HNO ist das "Kroatische Nationalkomitee" (HRVATSKI NARODNI ODBOR) - HNO -, deren Leitung sich in Bayern befindet, zu unterscheiden. Diese kroatische Emigrantenvereinigung verfolgt zwar ebenfalls nationalistische Ziele, wendet jedoch nach bisherigen Erkenntnissen keine terroristischen Mittel an, um das auch von ihr erstrebte Ziel eines unabhängigen Staates Kroatien zu verwirklichen. Die Vereinigung verfügt im Bundesgebiet über etwa 230 Mitglieder. In Nordrhein-Westfalen bestehende Zweiggruppen haben zusammen eine Stärke von schätzungsweise 40 Mitgliedern.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit extremistischer kroatischer Emigrantengruppen sind auch noch folgende Ereignisse zu sehen:

Am 21.11.1975 sowie am 11.02.1976 wurde in serbokroatischer Schrift eine anonyme Drohung gegen das jugoslawische Konsulat in Düsseldorf ausgesprochen. Die Täter sind bisher nicht bekannt.

Politische Motive liegen vermutlich auch einem Sprengstoffanschlag auf das jugoslawische Konsulat in Dortmund am 12.01.1976 zugrunde.

Am 07.02.1976 wurde in Frankfurt a.M. der jugoslawische Vizekonsul Zdovc erschossen. Die Täter werden in kroatischen Emigrantenkreisen vermutet.

#### **4.5 Griechen**

Nach der Abschaffung der griechischen Militärdiktatur im Jahre 1974 hat die Tätigkeit politisch extremer griechischer Ausländervereine in unserem Lande erkennbar nachgelassen.

#### **4.6 Türken**

Anders verhält es sich mit den politisch extremen türkischen Ausländergruppen unseres Landes. Nach anfänglichem Rückgang haben sich die Aktivitäten im Jahre 1975 insgesamt etwas belebt.

Um politischen Einfluß auf die zahlreichen türkischen Arbeitervereine bemühen sich als Dachverbände zwei linksextremistische türkische Ausländervereine. Es handelt sich um die prosowjetisch-kommunistische "Föderation Türkischer Sozialisten in Europa" (ATTF) mit Sitz in Berlin sowie die linksextreme "Föderation der Demokratischen Arbeitervereine der Türkei in Europa e.V." (TDF) mit Sitz in Essen. Die ATTF verfügt im Bundesgebiet über 12 Mitgliedsvereine, davon drei in Nordrhein-Westfalen, und zwar in Bochum, Gelsenkirchen und Herne. In der TDF sind zur Zeit etwa 20 Ortsvereine zusammengeschlossen, darunter rd. 10 Vereine in Nordrhein-Westfalen vor allem in Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Münster, Paderborn und Recklinghausen. Die der TDF in Nordrhein-Westfalen angeschlossenen Vereine haben zusammen schätzungsweise 400 Mitglieder.

Unter den maoistischen türkischen Gruppierungen ist neuerdings die "Türkische Arbeiter- und Bauern-Befreiungsarmee" (TIKKO), eine konspirativ arbeitende Frontorganisation der maoistischen "Türkischen Kommunistischen Partei - Marxisten/Leninisten" (TKP/ML) hervorgetreten. Im Dezember 1975 klebten Unbekannte in Solingen Zettel der "Revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei" (RABPdT). Diese maoistische, in der Türkei verbotene Partei hat in der Bundesrepublik ihren Sitz in Frankfurt a.M.. Ihr gehört als Mitglied auch die vorwiegend maoistisch ausgerichtete "Studentenföderation der Türkei in Deutschland e.V." (ATÖF) mit Sitz in Stuttgart an. Die ATÖF und die ihr angeschlossenen örtlichen türkischen Studentenvereine versuchen sowohl bei den türkischen Studenten als auch unter türkischen Gastarbeitern Anhänger zu gewinnen. Mitgliedervereine der ATÖF bestehen in Nordrhein-Westfalen z.B. in Bielefeld und Münster.

Erwähnenswert ist auch das beim Landgericht Köln geführte Strafverfahren (Türkenprozeß), in dem vier türkische Extremisten am 30.01.1976 zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind.

Die am 4. Mai 1974 in Köln festgenommenen Türken waren wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach § 129 Abs. 1 und 4 StGB sowie anderer Straftaten angeklagt. In ihrer Wohnung hatte die Polizei u.a. eine Pistole, Munition, Pässe und Anweisungen zur Durchführung von Sabotageakten gefunden. Sie gehörten der überwiegend aus türkischen Studenten bestehenden "Patriotischen Einheitsfront der Türkei" (Yurtsever Birlesik Cephe) - PEFT (YBC) - an, einer international verbreiteten Aktionsgemeinschaft maoistischer türkischer Organisationen, die 1971 unter Mitwirkung eines der verurteilten Türken als

Auslandsorganisation der in der Türkei verbotenen zuvor genannten "Revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei" gegründet worden war.

Zur Zeit ist die PEFT in Auflösung begriffen.

Andere türkische Gruppierungen streben den Umsturz in der Türkei durch Anwendung von Gewalt und Terror an. Zu nennen sind hier die "Volksbefreiungsarmee der Türkei" (THKO) sowie die "Türkische Volksbefreiungspartei" (THKP) mit der von ihr geschaffenen "Türkischen Volksbefreiungsfront" (THKC). Diese konspirativ arbeitenden Organisationen verfügen auch in Nordrhein-Westfalen über einige Mitglieder.

#### **4.7 Spanien**

Durch terroristische Handlungen in Spanien ist die "Revolutionäre Antifaschistische und Patriotische Front" (FRAP), eine militante Kampforganisation der maoistischen "Kommunistischen Partei Spaniens - Marxisten-Leninisten" (PCE/ML), bekanntgeworden. Sie fordert den gewaltsamen Sturz des herrschenden Regimes in Spanien durch einen allgemeinen "Volkskrieg" und versucht in ihrer Argumentation die Morde an spanischen Polizisten durch FRAP-Mitglieder als "Hinrichtungen" zu rechtfertigen. In unserem Lande ist die FRAP - deren Mitglieder sich konspirativ verhalten - durch zahlreiche Flugblattaktionen, Schmieraktionen sowie Veranstaltungen und Demonstrationen hervorgetreten. Die organisatorische und presserechtliche Verantwortung übernehmen im Regelfall deutsche maoistische Gruppierungen und Funktionäre (insbesondere KPD/ML).

Einige Gewaltaktionen in Nordrhein-Westfalen sind FRAP-Mitgliedern und deutschen Anhängern zuzurechnen. Lediglich beispielhaft seien folgende Vorfälle herausgegriffen:

- Störung der Abendmesse des Kölner Doms am 09.09. und 27.09.1975 durch deutsche und spanische Linksextremisten, um gegen die in Spanien gegen zwei Basken verhängten Todesurteile zu protestieren
- Sachbeschädigungen an den Büros des spanischen Fremdenverkehrsamtes und der "Iberia"-Agentur durch eine Gruppe nicht bekannter spanischer und deutscher Linksextremisten am 10.09.1975 in Düsseldorf
- telefonische Bombendrohung eines unbekanntem Ausländers - vermutlich eines Spaniers - gegen die spanische Botschaft in Bonn am 16.09.1975 und
- anonymen Drohanruf gegen den spanischen Generalkonsul und dessen Familie in Düsseldorf am 25.09.1975.

Die in Spanien verbotene traditionelle "Kommunistische Partei Spaniens" (PCE) hat - trotz stagnierender Mitgliederzahl - im Jahre 1975 ihre politische Tätigkeit wie im übrigen Bundesgebiet, so auch in Nordrhein-Westfalen, weiter verstärkt. Die politische Entwicklung in Spanien, die mit dem Tode Francos allerdings noch nicht die von der PCE erhoffte grundsätzliche Wende brachte, steht im Vordergrund der Parteiarbeit. Zur ideologischen Beeinflussung der spanischen Gastarbeiter bedient sich die Partei auch in Nordrhein-Westfalen der teilweise von Mitgliedern der PCE gesteuerten "Spanischen Kulturclubs" (CCE). Die PCE fordert ihre Mitglieder zu verstärkter Mitarbeit in den deutschen Gewerkschaften oder in etwaigen kommunalen Ausländerbeiräten auf, um so weitere Möglichkeiten politischen Wirkens auch in der Bundesrepublik zu nutzen.

## 4.8 Italiener

Die "Kommunistische Partei Italiens" (PCI) leitet ihre Parteiarbeit im Bundesgebiet über die Gebietskomitees Süd und Nord. Obwohl sich die Zahl der im Bundesgebiet beschäftigten Ausländer vermindert hat, gelang es ihr, einen Bestand von rd. 4.000 Mitgliedern zu halten.

Vom Sitz des Gebietskomitees Nord in Köln aus steuert sie die Parteiarbeit über Kreisgruppen, die sich in verschiedenen Städten unseres Landes befinden. Nach außen tritt sie in ihren Aktivitäten kaum in Erscheinung. Durch den von ihr gelenkten "Italienischen Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien" (FILEF) versucht sie, ihren ideologischen Einfluß auf die italienischen Gastarbeiterfamilien weiter auszubauen.

Im ideologischen Gegensatz zu diesem Verband steht der maoistische "Verband ausgewanderter italienischer Arbeiter" (FILE), dessen Leitung sich in Hagen befindet. Dieser Verband hat seine Basis in Nordrhein-Westfalen inzwischen verbreitert und unterhält außer dem Ortskomitee Hagen weitere Zweiggruppen z.B. in Düsseldorf, Ennepetal, Iserlohn und Lippstadt.

## 4.9 Portugiesen

Seit der Änderung der politischen Verhältnisse in Portugal bemühen sich verschiedene linksextremistische portugiesische Gruppen, besonders jedoch die "Portugiesische Kommunistische Partei" (PCP) um Einfluß auf die portugiesischen Zentren und Kulturvereine; mit welchem Erfolg, kann zur Zeit noch nicht gesagt werden.

## 4.10 Sonstige Ausländergruppierungen

Außer den genannten Ausländervereinigungen sind in Nordrhein-Westfalen noch weitere, teilweise mitgliederschwache Ausländergruppierungen vertreten, deren feststellbare Tätigkeiten jedoch zur Zeit weder die Sicherheit unseres Landes noch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, etwa durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen, gefährden. In diesem Zusammenhang seien auch die zahlreichen Vereine erwähnt, in denen sich Ausländer zur Pflege des Sports, der Geselligkeit und der Heimatkultur zusammengeschlossen haben.

## 5 Politisch motivierte Gewalttaten

### a) ausgeführte

Im Jahre 1975 wurden im Bereich der Staatsschutzkriminalität 25 versuchte bzw. vollendete Gewalttaten registriert, die den Tod von Menschen und erheblichen Sachschaden zur Folge hatten.

Herausragend waren folgende Fälle:

- Mord z.N. eines jugoslawischen Emigranten, dessen Leiche im März 1975 in Köln aus dem Rhein geborgen wurde
- Schußwechsel zwischen Terroristen und Polizeibeamten am 09.05.1975 in Köln, in dessen Verlauf ein Polizeibeamter und ein Anarchist getötet, ein weiterer Täter und ein Polizeibeamter schwer verletzt wurden
- Sprengstoffanschlag auf ein von einem jugoslawischen Emigranten betriebenes Delikatessengeschäft am 26.08.1975 in Köln (erheblicher Sachschaden)
- Mordversuch z.N. eines Exilkroaten am 30.10.1975 in Köln, dessen Opfer durch Schuß in den Rücken schwer verletzt wurde
- Sprengstoffanschlag im Hauptbahnhof Köln am 12.11.1975

In 12 der registrierten Fälle waren Ausländer bzw. ausländische Einrichtungen betroffen (jugoslawische 5, türkische 2, spanische 2, sonstige 3).

### b) angedrohte

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1975 wurden 424 Gewalttaten, bei denen ein politisches Motiv erkennbar oder behauptet wurde, angedroht. Es handelte sich überwiegend um telefonische Androhungen von Sprengstoffanschlägen gegen Politiker und öffentliche Einrichtungen. In 254 Fällen gaben sich die Täter als Angehörige oder Sympathisanten anarchistischer Gruppen aus.

Eine Häufung der anonymen Sprengstoffandrohungen war nach dem Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm, nach Beginn des "Baader-Meinhof-Prozesses" und nach dem Sprengstoffanschlag auf den Hauptbahnhof Hamburg zu verzeichnen.

## 6 Maßnahmen im Bereich des Justizministers

Vorgänge von überörtlicher Bedeutung, die Anlaß zu Koordinierungsmaßnahmen der Staatsanwaltschaften aufgrund der RV des Justizministers vom 24. März 1971 (4100 - III A. 198) hätten geben können, haben sich im Berichtszeitraum nicht ereignet.

Wegen Straftaten, die durch Demonstrationen oder im Zusammenhang hiermit begangen worden sind, sind in der Zeit vom 1. Dezember 1974 bis zum 31. Dezember 1975 937 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen 1.244 namentlich bekannte sowie gegen weitere nicht bekannte Personen eingeleitet worden. 72 Verfahren haben im Hochschulbereich begangene Straftaten zum Gegenstand.

In der Zeit vom 1. Dezember 1974 bis zum 31. Dezember 1975 haben 852 Verfahren wegen Straftaten, die seit dem 1. Januar 1970 durch Demonstrationen oder im Zusammenhang hiermit begangen worden sind, ihren Abschluß gefunden, und zwar

- a) 356 Verfahren durch Einstellung oder Absehen von der Verfolgung,
- b) 183 Verfahren durch rechtskräftige Urteile gegen 247 Angeklagte,
- c) 133 Verfahren durch rechtskräftige Strafbefehle gegen 144 Beschuldigte,
- d) 180 Verfahren durch Verbindung mit anderen Verfahren oder durch Abgabe an andere Staatsanwaltschaften.

Am 31. Dezember 1975 waren wegen Straftaten, die seit dem 1. Januar 1970 begangen worden sind, noch 556 Verfahren gegen 890 namentlich bekannte Personen anhängig. In 369 dieser Verfahren ist gegen 526 Personen Anklage erhoben oder der Erlaß eines Strafbefehls beantragt worden. Die übrigen Verfahren befinden sich noch im Ermittlungsstadium.

### 6.1 Gesetzgeberische Maßnahmen

Die im letzten Bericht der Landesregierung erwähnten Gesetzentwürfe, nämlich der von der Bundesregierung bei dem Deutschen Bundestag eingebrachte Entwurf eines 13. (jetzt: 14.) Strafrechtsänderungsgesetzes und der vom Bundesrat beschlossene Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens, sind vom Deutschen Bundestag beraten worden. Er hat in der Sitzung am 16.01.1976 einen Gesetzesbeschluß gefaßt. Der Bundesrat hat hierzu den Vermittlungsausschuß angerufen, der in seiner Sitzung vom 12.03.1976 den Beschluß des Bundestages bestätigt hat. Der Bundesrat wird sich in seiner Sitzung am 09.04.1976 erneut mit dem Gesetz befassen.